

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. Februar 1920

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobesanzeigen 20 Pf., die übrigen halbpennig; Zelle: Anzeigen- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 60 Pf., die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 19

Bekanntmachung

Auf Grund der außerordentlichen und täglich noch fortschreitenden Verteuerung aller für den Buchdruckerbetrieb erforderlichen Materialien und sämtlicher Unkosten sowie unter Berücksichtigung der ab 1. Januar geltenden Umsatzsteuer von 1 1/2 Proz. wird mit sofortiger Wirkung eine Erhöhung der gegenwärtigen Druckpreise um 25 Proz. in Kraft gesetzt.

Berlin, 6. Februar 1920.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rud. Willein,
Präsidentvorsitzender.

Robert Braun,
Geschäftsvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Weiteres zu den Zeitungsverboten

V.

Im Anschluß an das im ersten Teil unter IV Gesagte in voriger Nummer ist diesmal unter der Überschrift „Leipziger Volkszeitungs-Verbot — Gewerkschaftskartell-Diktatur — Buchdruckerholau — Uebermalige Streikablehnung durch die Zeitungs-personale einiges zu sagen. Am 10. Februar fand eine Sitzung der Leipziger Gewerkschaften statt, deren Tagesordnung nach Bekanntgabe der Versammlung noch eine Abänderung erfuhr, indem als erster Punkt eingeschoben wurde: „Bericht der in der Versammlung vom 21. Januar gewählten Kommission“. Diese Kommission hatte bis dahin nur Gelegenheit, in einer besonderen Versammlung der Zeitungs-personale am 25. Januar über ihre Mission zu berichten, in der bekanntlich von denselben ein Sympathiestreik zum Zwecke der Aufhebung des „Volkszeitungs-verbots“ abgelehnt wurde (Nr. 15 des „Korr.“). Aber das in der vorigen Nummer behandelte Diktum des Kartellvorstandes, des vertriebenen unabhängigen Arbeiterrats usw. hatte der Gewerkschaft mit fünf gegen drei Stimmen (bei Abwesenheit von drei weiteren Mitgliedern) Weiterleitung an die Versammlung beschloßen. Diese war von etwas über einem Viertel der Leipziger Mitglieder besucht, denn mehr fehlt der betreffende Saal ja nicht. Die Angelegenheit verursachte eine lange und erregte Debatte. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, den Kartellvorstand den Schilling herbeizuführen. Dieser hatte es am 24. Juni 1919 gut verstanden, eine Versammlung der Leipziger Mitglieder einzuladen über den neuen Brauch im Leipziger Gewerkschaftskartell, das nur unabhängig (und kommunalistisch) gestimmte Gewerkschaftsvertreter in die von dem Kartell zu besetzende Ämter gewählt werden können. Diesmal versuchte er es mit einer Kesselfarbe-Rede, doch ging keine Darstellung über einen Vorfall im Kartell dergestalt an der Wahrheit vorbei, daß er von Vorstandsmitgliedern und Kartellvertretern desavouiert wurde. Schilling konnte aus der Versammlung deutlich das Urteil über seine Handlungsweise hören. Obwohl es an durchschlagenden Argumenten und guten Worten außer starker Hervorhebung des albekannten, im Vorjahre reichlich verübten Vandalismus der Unabhängigen und Kommunisten gegen die Pressefreiheit nicht fehlte, woran auch der Leipziger Kartellvorstand mit Schilling an der Spitze durch seine ganz öffentliche Bundesgenossenschaft mit dem die „Republik Leipzig“ ausmachenden Leipziger Arbeiterrate voll beistehend war, ließ sich die Versammlungsmehrheit doch von der durch den Kartellvorstand ausgegebenen Streikparole leiten. Ja, man ging in seinem in der ganzen Kollegenchaft Deutschlands einzig dastehenden Widerwillen gegen die Arbeits-tunung sogar so weit, einen dahingehenden Antrag abzulehnen. Das ist um so härter zu verurteilen, als die Tagesordnung eine Streikbeschlußfassung gar nicht erkennen ließ und drei Zeitungs-personale (darunter die zwei größten) infolge ihrer Beschäftigungswiese nicht in der Versammlung vorfinden sein konnten. Was kümmert aber so etwas die Anhänger der Diktatur, die ganz genau wissen, daß sie bei der demokratischen, selbst von den Leipziger Unabhängigen in ihrer Partei geübten Urabstimmung unter den Schlitzen kommen! Immerhin, die Mehrheit auf ihrer Seite war geringer als sonst und war überhaupt

erst durch Kammergespräch festzustellen. Der dann angenommene Beschluß, die andern Zeitungsbetriebe stillzulegen, damit die „L. V.“ wieder erscheinen könne, hatte auch nur eine knappe Mehrheit zu verzeichnen. Die Opposition hatte einen schwereren Stand als sonst und wäre nicht durchgedrungen, wenn von der andern Seite ein wenig mehr dagewiesene wäre und nicht traurigerweise viele vor den Abstim-mungen die Flucht ergriffen hätten. Aus welchem Empfinden, läßt sich ja nach Lage der Dinge ermessen, doch damit wird nur den andern geholfen. Selbstverständlich haben die Zeitungs-personale das Recht für sich in Anspruch genommen, darüber, ob sie ihre Haut zu Markte fragen sollen für das Kartell und die „L. V.“, selbst zu entscheiden. Bei Abschluß dieser Nummer las man die Nachricht, vier Personale (von sechs im ganzen) hätten sich wiederum gegen den Streikstreik entschieden. Das fünfte Personal ist das der hierbei ausscheidenden „L. V.“, und das sechste kommt eigentlich nicht mehr in Betracht, da dieser Zeitungsbetrieb infolge Verhinderung binnen ganz kurzen aufgehört wird. Ein andres Blatt („Allgemeine Zeitung“) hat jetzt an seine Leser bekanntgegeben, daß es wegen absoluten Papiermangels jedenfalls für einige Tage nicht erscheinen könnte. Obendrein ist also auch die Situation für ein Vorgehen recht ungünstig. Es wird bei der auf einem andern Standpunkte stehenden, unbefristeten großen Mehrheit der Leipziger Kollegen durch-aus nicht an scharfer Beurteilung des langen Verbotes und einer hierin liegenden Sympathie für die „L. V.“ fehlen, man hält aber den vorgeschlagenen Weg zur Abhilfe für nicht erfolgversprechend, will sich nicht vom Leipziger Gewerkschaftskartell, das als gewerkschaftliche Einrichtung andre politische Gesinnungen nicht als gleichberechtigt an-erkennend, terrorisieren lassen und vermag nicht über die schweren Vergewaltigungen der Pressefreiheit durch dieselben Leute hinwegzukommen, die jetzt auf einmal die Buchdrucker in ihrem Interesse als Stoßtrupp für die Pressefreiheit gebrauchen wollen. Es gehen in Leipzig Redereien und Drohungen um, wenn sich die Zeitungs-personale dem Beschlusse vom 10. Februar nicht fügen sollten, würden die betreffenden Kollegen aus dem Verband ausgeschlossen werden. So stehen die Dinge denn doch nicht! Wer sich nicht an im Verbandsinteresse liegenden Aktionen beistimmt oder legalen Beschlüssen der wirklichen öffentlichen Allgemeinheit sich nicht fügt, der kann durch den § 11 Absatz a oder b getroffen werden. Hier liegt aber ein Fall vor, der nicht die Sanktion des Verbandsvorsitzenden finden wird! Wie die Berliner Zeitungs-personale im November über den Generalstreik selbst des „Roten Volksrates“ für die Metallarbeiter selbst zu entscheiden hatten und dies im ablehnenden Sinne taten, so hat sich auch in Leipzig diese Angelegenheit zu erledigen. Es ist niemand ungefallen, dem Kollegen Böttcher ob seiner Erklärung in der Versammlung vom 28. März 1919, er würde, wenn während der Generalstreik das Nichterscheinen der „L. V.“ von den Kollegen hätte erzwungen werden sollen, sich hingestellt und gearbeitet haben, und das lieber ohne Bezahlung, mit Verbalsinjuren zu Leibe gehen. Man wird deshalb jetzt in Leipzig auch zu respektieren haben, was die Zeitungs-personale in einer fremden Angelegenheit zu tun für notwendig halten, und die nicht in den Versammlungen unterzubringenden auf 4000 Mitglieder auch noch als entscheidungsberechtigt anerkennen müssen. Das Weitere wird aus dem Leipziger Versammlungsberichte zu erfahren sein.

Die in Arnstadt erscheinende unabhängige „Volkszeitung“ bringt es fertig, von den Buchdruckern zu sagen, sie hätten den „Willen zur Wahrung der Pressefreiheit“ nicht! Es wird in direktem Anschlusse gesagt, „auch demokratische und liberale Kreise, wie überhaupt alles, was auf journalistischen Anstand hält, verurteilt aufschärfte die beispiellos dastehende brutale Knebelung der unabhängigen Zeitungen“. Konsequenterweise müßte die Fortsetzung dieses Satzes lauten: nur die Buchdrucker nicht! Das sagt man allerdings nicht, sondern man verlangt, daß die Buchdrucker für keine Zeitung mehr eine Zeile setzen, so lange die Zeitungsverbote nicht aufgehoben seien. Von dem Primoriborium, worin diese „Anforderung zum Tanz“ eingehandelt ist, können wir des Raumes wegen nichts wiedergeben. Wir müssen aber sagen, daß man in Arnstadt einen Bärenschlaf haben muß. Seit dem 22. Januar legt sich der „Korr.“ für volle Pressefreiheit und gegen die Zeitungsverbote — nicht nur gegen die für unabhängige und kommunikalische Blätter ergangenen — ins Zeug und berichtet, was die Verbandsleitung und andre Stellen ebenfalls fortgesetzt dagegen unternehmen, das unabhängige Blatt in Arnstadt will aber davon nichts

wissen. Für dieses gilt nur, daß die Buchdrucker die Pressefreiheit nicht noch mehr unterbinden, indem sie durch von ihnen vollzogene Zeitungsverbote, d. h. durch Stilllegen der übrigen Blätter, die Pressefreiheit überhaupt illusorisch machen würden. Nein, das machen die Buchdrucker nicht! In den Revolutionslagen und bei den politischen Generalstreiks hat so mancher von ihnen auch kühnlich zu spüren bekommen, wie die Pressefreiheit aussehete, wenn Unabhängige und Kommunisten an der Macht sind.

Beschleider in seinen Ansprüchen ist das unabhängige „Volksrecht“ in Hannover. Dieses Blatt berichtet nämlich von einer Protestversammlung der Buchdrucker, „die das Vorgehen der Regierung gegen die Zeitungen der IGZ und SPD verurteilte“. Das „Volksrecht“ mußte sich dann befehlen lassen durch den „Volkswillen“, daß lediglich in einer laufenden Monatsversammlung die hannoverschen Buchdrucker sich gegen Zeitungsverbote jeder Art ausgesprochen und vom Verbandsvorsitzende Vorstellung bei der Reichsregierung in diesem Sinne verlangt haben.

In Steint ist das unabhängige Organ „Der Kämpfer“ wieder freigegeben worden. Diese Maßnahme darf wohl mit darauf zurückgeführt werden, daß eine aus drei Kollegen zusammengesetzte Kommission und der Stollkommissar Schauer sich um die Freigabe bemüht haben. In der vorher abgehaltenen Buchdruckerversammlung kam u. a. zum Ausdruck, daß man nicht lediglich von der Regierung, sondern auch von den unabhängigen Verlagen — von den Redaktionen, wäre ergänzend zu sagen — einige Rücksicht auf das Profoswerden des Personals bei eventuellen Verböten erwarten dürfte.

Die „Rote Fahne“ in Berlin wurde von neuem verboten, und zwar bis 25. Februar. Das unabhängige Organ in Blauen i. B. erhielt zum ersten Male seit dem Verbot der „Mecklenburger Nachrichten“ (verurteilt) wieder die Freiheit in der Auslieferungstrage auf drei Tage verboten worden. Die Zeitungsverboterei ardet nachgerade in eine wahre Seuche aus. Die Schuld daran ist nicht nur einseitig zu suchen. Der Reichsregierung wäre aber sehr dringend zu raten, die Folgen auch mehr auf die Fernwirkung hin zu prüfen.

Wir erhielten noch folgenden Artikel, der in betreff der Entschädigungsfrage aber schon überholt ist:

Zu den Zeitungsverboten

Überall in Deutschland hagelt es jetzt Zeitungsverbote; in Bremen ist die unabhängige „Arbeiterzeitung“ jüngst auf 5 Tage, der „Kommunist“ gar auf 14 Tage verboten worden. Die Mehrheitssozialisten in der Regierung helfen mit diesem „Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ ein System anwenden, unter dem gerade sie selbst früher oft genug gelitten und das sie deshalb stets auf das schärfste bekämpft haben.

Die Buchdruckergehilfen haben alle Ursache, gegen die Zeitungsverbote auf das entschiedenste Einspruch zu erheben, nicht nur vom allgemeinen Staatsbürgerstandpunkt aus, der das Recht der Freiheit von Wort und Schrift gewahrt wissen will, sondern auch von ihrem besonderen Berufsstandpunkt aus.

Bei der Beratung des Verlehrsatzgesetzes sollten den Buchdruckern wichtige Arbeiterrechte verheimlicht werden aus der Befürchtung heraus, daß die Leitung der Zeitungen von den Buchdruckern abhängig werden und so das Recht der freien Meinungsäußerung in Gefahr geraten könnte. Haben die Buchdrucker keinen Einfluß auf die Schreibweise der Zeitungen, so können sie auch nicht für den Inhalt derselben verantwortlich gemacht werden. Durch das Verbot von Zeitungen werden aber die Buchdrucker arbeitslos gemacht, die Strafe trifft also ganz ungerechterweise schuldlose Arbeiterkreise. Entweder müssen deshalb die Buchdrucker berechtigt sein, zu verhindern, daß die Schreibweise der Zeitungen ein Verbot herausfordert, oder — da man dies nicht will und das Interesse der Buchdrucker selber dagegen spricht — muß bei Zeitungsverboten die Regierung den Buchdruckergehilfen den vollen Vorschlag erlassen, der ihnen durch das Verbot entgeht.

Am richtigsten aber ist es, wenn das durch die Verfassung gewährte Recht der freien Meinungsäußerung unter allen Umständen unangetastet bleibt und kein Zeitungsverbot erfolgt, denn dauernd unterdrücken läßt sich die Meinung Andersdenkender durch kein Machtmittel.

Begeleidet.

G. S.

Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis

Zur Vergesellschaftung der Gehilfenschaft

Mit einem Artikel des Kollegen R. S. in Stuttgart in Nr. 79 vom 28. Juni 1919 ist ein neues Zeichen gegeben, wie sehr unsre bisherige Aufgabe: den Kollegen in der kapitalistischen Epoche ein einigermassen auskömmliches Dasein auf Grund von Mindestlöhnen und Mitbestimmungsrechten jeglicher Art zu bringen, zum Ziel erreicht ist, und daß unsre weitere Aufgabe „naturgemäß“ über die bisherige hinauswächst. Wir wagen uns an höhere Anlaufprobleme und stehen zur Zeit inmitten des Werdens der neuen Produktionsgesellschaft, also der Gemeinshaft des Kapitals. Dabei scheint es, als erstrebten wir oder auch das Behende einer Gemeinshaft zuzuführen. Dieser Gedanke ergibt sich aus sich selbst.

Mit diesem Gedanken sind wir vor eine neue und weite Frage im Bereiche von Schaeffers „Problem einer neuen Berufsverfassung“ gestellt und müssen uns über sie selbst zuerst klar werden, bevor wir uns über ihre Verwirklichung unterhalten. Zuerst also das Ziel in der Theorie klar erkennen und dann den Weg prüfen, der uns praktisch dem Ziel führen soll. Die Theorie gibt das Ziel auf die Frage was? Die Praxis zeigt die Wege auf die Frage wie? Woher auch die selbstverständlichen Unterschiede zwischen Theorie und Praxis.

Die Vergesellschaftung des edelsten Kapitals, des lebenden, ist die Frage. Die erste Stufe der Sozialisierung drückt sich um die aufgespeichernden Kapitalien, die zweite um die Produktionsmittel und die dritte soll nun das Beweisen, den Schaffenden, insofern sozialisieren, daß der Wertmesser bei dem einzelnen angelegt wird, um zu kontrollieren bzw. zu bestimmen, wie seine Lebensweise zur Gemeinshaft steht.

Diese Stufe der Sozialisierungsfragen drängt in ihrer weiteren Konsequenz zur Regelung der Wohnverhältnisse auf ein einheitlicher Basis und zur Klärung dessen, was wir unter Freiheit verstehen, weil die Presse ein freies Element unres Berufs darstellt.

Bei der Frage der Freiheit ist zu berücksichtigen, daß eine bilateralen Anbahnung aller den jeweiligen Nachhabern unliebsamen Gedanken verberend wirken würde, wie dies Kollege R. S. mit Recht beklagt. Auf der andern Seite sind wir uns aber auch dessen bewußt, daß die Presse von heute keine Freiheit im Sinn eines freien Gedankenauslaßes zum Wohle der Gemeinshaft genießt, sondern in ihrer Art ein unter geistlichem Schutze stehendes Instrument einer Kapitalistengruppe zur Erzielung von Profit darstellt, oder oft als Phantasia ausgeleitet ist, denen jeder Sinn für das Organische fehlt und die so ebenfalls verberend wirken. So wird die Presse in ihrer Eigenschaft als Aufklärungsmittel der Öffentlichkeit oft abfällig und bewußt für private Interessen und zum Schaden des Allgemeinwohls mißbraucht. Was das Gefährlichste und was auch wir Buchdrucker mit Nachdruck zu bekämpfen haben, ist, daß dies unter allen möglichen Zwecken vollzogen wird.

Sie müßte das Volk eingreifen und eine Freiheit erstreben, die ich mir so vorstelle, daß z. B. am Kopf einer Zeitung deutlich ersichtlich sein muß, welche Zwecke sie verfolgt, auf welchem Gebiete: Gemeinshaft oder Privatwirtschaft, auf welchem: Individualrechte oder Vorrrechte nach Geburt und Welt.

Zur Lohnfrage: Wenn die Moellierung der Löhne ohnehin auf dem Markt ist, dann ist die Lohnfrage bei einer Vergesellschaftung der Gehilfenschaft keine Schwierigkeit mehr. (In aller Bescheidenheit erlaube mir uns hier drei Fragelichen zu stellen. Auch sonst erscheint uns einiges fraglich. Red.) Spezialarbeiter werden dann auch nur jenen Lohn erhalten, den ein jeder andre ihres Geschlechts zur Lebensnotwendigkeit benötigt. Werden Wohnkosten festgelegt, so ist wiederum zu entscheiden, wo das Spezialgebiet de facto beginnt, und wo es endet. Die Frage des Spezialgebietes scheint mir so dehnbar als die Möglichkeit beim Trinken. Wenn in einer Zeitung 15 Kollegen beschäftigt sind, davon: 3 Maschinisten, 2 Metzgere, 2 „erf.“ Informatoren, 1 Korrektor, ein Rotations-, so wären noch 6 oder bestenfalls 8, also 50 Proz. Nichtspezialisten. Die Spezialarbeit hat an sich, gemessen an der Durchschnittsarbeit, etwas Schönes und wirkt wohlwollend auf das Wesen des einzelnen; sie scheint mir die Gegenleistung zur Leistung in sich zu bergen. Es ist schon mehr eine Eitelkeit, an der wir kleben bei der besseren Behandlung der Spezialisten gegenüber den Universalisten.

Auch nicht den älteren Kollegen — wiederum sehr dehnbar und oft gar nicht angebracht — eine höhere Entlohnung zubilligen, sondern schon jenen Kollegen, die im 20. bis 30. Lebensjahre stehen, einen auskömmlichen Verdienst zukommen, das ist vom Standpunkte des Menschrechts zu erstreben. Dem jungen Menschen muß die Gelegenheit gegeben sein, in seinen hoffnungsvollen Zeugungsjahren das Leben des Ganzen zu leben, indem er sich ein Heim gründen kann. Ein großer Teil der Menschen wird heutzutage durch das niedere Einkommen gerade in seiner Jugend verhindert, eine Familie zu gründen, durch sein Ledigsein aber oft in der Erhaltung einer Krankheit befangen. Jede Belastung der hinderlichen Familien dagegen trägt die Allgemeinwohl. Sichert also der Jugend ein Freude am Leben, dann sicher ihr auch die Freude an der Spezialarbeit.

Kollegen, wir waren bisher die unerschrockenen Vorkämpfer für die Allgemeinheit der Arbeiterklasse auf dem Organisations- und Tarifgebiete, geben wir auch auf dem Gebiete der inneren Arbeitsarmut unserer selbst voran! Freiburg i. Br. Peter Mayer.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

München. Im Januar hielt unser Ortsverein seine 13. Generalversammlung ab. Galt vollständig war die Kollegenschaft erschienen und folgte mit regem Interesse dem gegebenen Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß das Vereinsleben sich zwar gehoben hat, jedoch die Nachwirkungen und Schäden des Krieges noch nicht beseitigt sind. Als besonders erfreuliches Ereignis kann das Anwachsen untrer Mitgliederzahl bezeichnet werden; zählten wir doch zu Beginn des Vereinsjahres 33 Mitglieder, während am Schlusse desselben 47 vorhanden waren, das bedeutet einen Zuwachs von 14 Kollegen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Die Beziehungen zum hiesigen Kartell können als gut bezeichnet werden. Auch hat die Topographische Vereinigung bereits eine rege Tätigkeit entfaltet; Kollege Suk hat die Leitung des Interesses übernommen. Möge im neuen Jahre das Vereinsleben noch reger werden und die junge Topographische Vereinigung gute Früchte zeitigen!

Wesgart a. Verl. Durch die Vergrößerung der hiesigen Zeitungsdruckerlei ist es uns hier endlich gelungen, einen Ortsverein ins Leben zu rufen. Auf Anregung des Vertrauensmannes, Kollegen Dobrach, verammelten sich die hiesigen Kollegen, nachdem auch der letzte Ortsverbandsführer dem Verbands begetreten war, am 10. Januar zur Besprechung über die Gründung. Vom Besitze war Vorhändler Hesse (Kollege) erschienen. Er begrüßte die Kollegen mit herzlich Worten und ermahnte sie, immer treu zusammen zu halten, denn nur durch Einigkeit sei etwas zu erreichen und damit werde der Sache des Verbandes am besten gedient. Zum Vorhändler und Kassierer wurde Kollege Dobrach gewählt. Gleichseitig schlossen wir uns dem hiesigen Gewerkschaftskartell an. Der größte Teil der Kollegen stiftete zum Grundfonds des Ortsvereins Geldbeiträge sowie ein Kollege den Ortsvereinsstempel.

Berlin. Die am 5. (für die Nacharbeiter am 11.) Januar abgehaltenen Bezirksversammlungen nahmen den ständigen Situationsbericht der Bezirksleiter entgegen und vollzogen sodann die Wahlen der Delegierten zu den Gaugeneralversammlungen, soweit dies nicht bereits in den vorhergehenden Bezirksversammlungen geschehen war. Die „Opposition“ hatte für diese Wahlen besondere Kandidaten präferiert, die in einem Bezirke sämtlich, in einigen andern zum Teil gewählt wurden, während sie in einigen Bezirken gänzlich unterlagen. Des weitern wurden die Wahlen der Bezirksleitungen (stellvertretende Bezirksleiter und Schriftführer) vorgenommen, die in den meisten Fällen die Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen ergaben. Bei dem Punkte „Verklades“ wurde besonders über die letzte Gewerkschaftswahl, die Steuerungsulagen und das Betriebsratsgesetz diskutiert. In zwei Versammlungen wurden „Evolutionen“ angenommen, in denen Entfristung über die vom Tarifauschusse beschlossene Steuerungsulagen ausgesprochen wird, weil diese den bestehenden Steuerungsverhältnissen nicht entsprächen. Drei Entschlüsse fordern den Vorstand an, unverzüglich erneute Verhandlungen über weitere Steuerungsulagen zum Ausschluss der neuerlichen Verteuerung der Lebensmittel einzuleiten. Gegen die Ausnahmebestimmungen für die Buchdrucker im Betriebsratsgesetz wurde von drei Versammlungen in entsprechenden Beschlüssen protestiert. Die im „Korr.“ bereits wiederholt erwähnte Anpöbelung der Buchdrucker durch die „Freiheit“ wurde in mehreren Versammlungen scharf verurteilt; zwei Bezirke brachten ihre Empörung darüber in entsprechenden Entschlüssen zum Ausdruck. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen nur mäßig.

Berlin. (Korrespondenz.) Als erfreulicher Aufschwung der Vereinstätigkeit im neuen Jahre war die starkbesuchte Jahreshauptversammlung am 25. Januar zu begrüßen. In knappen Zügen erläuterte Vorhändler Fälle den gedruckt vorliegenden Jahresbericht, der den Verein trotz der Nöte der Zeit in ungeborener Stärke zeigt. Der bevorstehende Korrektorenkongress und die darauffolgende Verbandsgeneralversammlung fallen auch ferner ein reges Vereinsleben erhoffen. Dem Vorstände wurde für sein Wirken der Dank der Mitglieder ausgesprochen; die Neuwahl soll erst nach dem Korrektorenkongress erfolgen. Der von der Zentralkommission beantragte Sonderbeitrag von 3 Mk. für jedes Mitglied zur Deckung der Kosten für den Korrektorenkongress wurde einstimmig beschlossen. Mit Befriedigung nahm die Versammlung Kenntnis von der Berufung eines Korrektors in den vom Reichsministerium des Innern eingesetzten Ausschuss für Umgestaltung der deutschen Rechtschreibung. In der nächsten Versammlung (7. März) wird zum Korrektorenkongress und zur Verbandsgeneralversammlung in Leipzig Stellung genommen werden. Drei Annahmen erfolgten, mehrere Anmeldungen glugen ein.

Beraburg. Am 8. Januar fand unsre Generalversammlung statt. Der Vorhändler gab einen Überblick über das verlossene Jahr. Bei der Vorstandswahl legte der bisherige Vorstand seine Ämter nieder, und es wurden neugewählt als Vorhändler Kollege Bruno Welter und als Kassierer Kollege Albert Welkenborn. Der neue Vorhändler forderte die Kollegen auf, in gewerkschaftlicher Beziehung künftig mehr Interesse zu zeigen durch einen zahlreichen und regelmäßigen Versammlungsbesuch. Auch über unsre Technische Kommission, die noch in den Anfangsstadien begriffen ist, wurde lebhaft debattiert. Man äußerte sich dahingehend, daß in Zukunft alles getan werden müsse, um die Kommission lo zu gestalten, daß sie für jeden Kollegen eine lehrreiche, beruflich fördernde Einrichtung

werde. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

r. Bäckeburg. In der am 3. Januar abgehaltenen Versammlung wurde u. a. der Jahresbericht erfaßt. Der Vertrauensmann, Kollege Kauf, wurde einstimmig wiedergewählt. Ferner wurde Stellung dazu genommen, die Zwangsprüfung für Ausländer in hiesigen Handwerkskammerbestell einzuführen. Außerdem soll nochmals mit Nachdruck versucht werden, bei der Lebensmittelverteilung die doppelte Ration für alle Buchdrucker zu erhalten, da mit dem Wenigen kein Auskommen ist, trotzdem hier das Land ist, wo Milch und Honig fließt.

Oberstadt b. Darmstadt. Die ordentliche Generalversammlung unsres Ortsvereins fand am 4. Januar. Trotz der wichtigen Tagesordnung waren die Mitglieder nicht sämtlich vertreten. Die Anwesenheit des Bezirksvorsitzenden wie auch dessen Ausführungen wurden freudig begrüßt. Vorhändler Ihl wurde einstimmig wiedergewählt. Für seine leibliche arbeitsreiche Tätigkeit wurde ihm Dank und Anerkennung gezollt. Zur Fortbildung von Gehilfen und Verbringen des Jahres, die Versammlung, sich korporativ den Bildungsverbände der Deutschen Buchdrucker anzuschließen. Sache der Gehilfenschaft ist es, durch rege Anteilnahme an Versammlungen und kurzen ein besseres kollegiales Verhältnis anzubahnen zu helfen.

Erfurt. In der ersten diesjährigen Versammlung am 10. Januar berichtete Vorhändler Stange nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten über die Bezirksvorsitzerkonferenz in ausführlicher Weise. Regen Anteil nahm die Versammlung an der Debatte über die letzten Steuerungsulagen, die als entliehen zu niedrig angesehen wurden. Zur Annahme gelangte eine Entschlüsse, worin anerkannt wurde, daß die Gehilfenvertreter auch bei den diesmaligen Tarifverhandlungen befreit gewesen seien, den Gehilfenforderungen nach Möglichkeit gerecht zu werden. Wenn es ihnen nicht gelungen sei, höhere Steuerungsulagen zu erlangen, so lag das nicht an ihrem guten Willen, sondern an dem Mangel sozialen Verständnisses bei den Prinzipalen. Die Versammlung suchte sich mit dem Resultat nach Lage der Sache abzufinden; sie glaube aber mit Rücksicht auf die neuerdings wieder ganz gewaltig gestiegenen Brot-, Kartoffel- und alle andern Lebensmittelpreise mit einer weiteren Erhöhung der Steuerungsulage nicht bis zum 31. März warten zu können, sondern fordere schon jetzt die Gehilfenvertreter auf, neue Verhandlungen beim Tarifamte zu beantragen. Im weitern wurden dann Anträge zum Goutag und zur Verbandsgeneralversammlung beraten und gestellt. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorhändler bekannt, daß unser Arbeitsnachweis aufgehört habe zu bestehen und das ganze graphische Gewerbe dem hiesigen Arbeitsnachweis angegeschlossen sei.

Erfurt. (Maschinenmalkereiverein.) Am 8. Januar fand unsre Generalversammlung statt. Vorhändler Wiesemann erfaßte den Jahresbericht und der Kassierer den Kassenbericht. Beide Berichte waren zufriedenstellend, so daß dem Vorstände für seine Mühewaltung der Dank ausgesprochen werden konnte. Anschließend erfolgte die Vorstandswahl, bei welcher der zweite Vorhändler sowie die Revisoren neu gewählt wurden. In technischer Beziehung finden allmonatlich zeitgemäße Vorträge statt, um auch in dieser Hinsicht die Kollegen auf der Höhe zu halten. Ein vom Kollegen Söhn gehaltenen Vortrag über „Bierfarbendruck“ war in allen seinen Teilen sehr interessant und lehrreich und gab manchem Kollegen einen Fingerzeig, wie er sich bei solchen Arbeiten zu verhalten hat. Für diesen instruktiven Vortrag wurde ihm der Dank der Zuhörer ausgesprochen. Nach Erledigung einiger interner Sachen wurde die Versammlung geschlossen.

Chlingen. Die am 12. Januar abgehaltene Hauptversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Vorhändler Schaur erfaßte den Geschäftsbericht über das verlossene Jahr und hob hervor, daß auch der größte Schwarzleber in bezug auf die Lebenshaltung sich sehr geändert habe, denn dieselbe habe sich derart veränderte, daß viele Artikel um Hunderte von Prozenten in die Höhe geschwollen seien, so daß die heutige Einkommensdurchaus nicht mehr ausreichte. Kassierer Feinmann gab den Kassenbericht. In der Geschäftsberichtsdebatte wurde gegen die Prinzipale wegen ihrer zögernden Haltung in bezug auf Entlohnung scharf ins Zeug gegangen, ebenso gegen die unbegriffliche Haltung des Kreisamts betreffs Sozialzuschlags, da doch Chlingen im 10-km-Umkreise von Stuttgart liege und nur mit 2/3 Proz. Zuschlag, von 10 auf 12 2/3 Proz., bedacht worden sei. Es bedeute dies eine Ungerechtigkeitsverhältnisse, denn in Chlingen seien die Steuerungsverhältnisse ebenso hoch wie in Stuttgart, ja fast noch höher. Angefichts dieser Tatsachen wurden zwei dahingehende Resolutionen von der Versammlung einstimmig gutgehehen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des Vorhändlers sowie des Schriftführers und des Gewerkschaftsdelegierten. Für den zurückgetretenen Kassierer Feinmann wurde Kollege Saug gewählt. Die Bessiger- und Revisorenposten wurden neu besetzt. Ein Antrag, den Ortsbeitrag von 10 auf 20 Pf. zu erhöhen, wurde ohne Aussprache von der Versammlung angenommen. Unter „Verklades“ wies die Vorhändler dem Kassierer anlässlich seines Ausscheidens als Funktionär warme Worte der Anerkennung für seine der Mitteilbarkeit geleisteten Arbeiten, worauf er die schön-verlaufene Hauptversammlung mit zur Einigkeit ermahnen den Worten schloß.

Wolk. In unsrer letzten Versammlung gab nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten Vorhändler Stau den Bericht von der Bezirksvorsitzerkonferenz in Weimar, verbunden mit einem Rückblick auf Gewerkschaftskonferenz und Tarifauschubung. In der Stellungnahme

zu lehrer kam zum Ausdruck, daß man das Verzeihen unter den gegebenen Verhältnissen wohl annehme, keinesfalls sich aber voll befriedigt fühle. Wenn auch die schwere Aufgabe der Gehilfenvertreter anerkannt würde, so sei doch nicht einzusehen, warum sie von ihren Forderungen so weit zurückwichen. Am meisten Enttäuschung verursachte die Verzögerung der Lokalzuschlagsfrage. Im übrigen war man der Ansicht, daß die Kündigung der Abmachungen schon viel früher nötig wäre als am 1. März. Einem Antrag: „Gründung eines Graphischen Kartells“, wurde nach näheren Ausführungen zugestimmt und zwei Vertreter hierzu gewählt. Die Vorstandswahl ergab wiederum das alte. Vom Vorsitzenden der Typographischen Vereinigung, Kollegen Zimmermann, wurde noch eine Schilderung des zu beschaffenden Gedendballes für unsre gefallenen Kollegen entgegengenommen und die Einführung für den ganzen Bezirk einheitlich gutgeheißen. — Am 4. Januar tagte hier eine Bezirksparlamentsvorberkonferenz, da eine Bezirksversammlung wegen der Bahnverbindungen nicht möglich war. Die anwesenden Vertreter konnten sich auf keinen Fall mit dem Resultat der Tarifauschubstung einverstanden erklären. Wenn den Gehilfenvertretern auch Anerkennung ausgesprochen wurde, so mußte doch verlangt werden, daß in Zukunft strikter an den Forderungen festgehalten wird. Die Löhne müßten dem Stande des Geldwertes anheftigt und vom Tarifauschusse monatlich festgelegt werden. Ferner müßten sofort neue Verhandlungen angebahnt werden, um schon für den 1. Februar neue Zulagen zu schaffen. Die Verhandlungen müßten bei der nächsten Revision mit in den Tarif aufgenommen werden. Die ausführliche Berichterstattung des Kollegen Schau von der Bezirksparlamentskonferenz gab anregenden Stoff zur Ausprache. Erlebte wurden Anträge zum Gange, nur der Punkt „Sonstiges“ wurde ausgiebig benutzt zur gegenseitigen Verständigung und Erlebung beruflicher Angelegenheiten. Der Gesamtvorstand wurde wiedergewählt.

B. Graubund. In der am 11. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde Kenntnis genommen von dem Prozeß des Gehilfenvertreters David in Sachen untes vom Kreisamte festgelegten Lokalzuschlags. Außerdem lag ein Schreiben des Gausvorstandes vor über Beschlüsse der Gausvorberkonferenz betreffs Abänderung an Polen fallenden Ortsvereine und Mitgliedschaften, was lebhaftes Interesse hervorrief. Der Zusammenfluß aller Gemeinlichkeiten wurde gutgeheißen. Das Annehmen des polnischen Gausvorstandes Sobert, sich dem polnischen Verband anzuschließen, wurde von der Versammlung abgelehnt mit dem Bemerkten, solange wie nur irgend angängig dem deutschen Verbands treu bleiben zu wollen. Die Steuerungsulagen wurden am hiesigen Orte nicht in dem Maße bewilligt, wie es die Kollegenchaft erwartet hatte. Wurden doch von einer vorher bewilligten Zulage in Höhe von 16 Mk. für Verbeirale und 12 Mk. für Anwerbeirale. trotzdem die Angelegenheit seinerzeit auf gleichem Wege ihre Erledigung fand, 50 Proz. angerechnet. Zulagekommission wurde ein Kollege, ein Aufnahmebegleicher dem Gausvorstande zur Erlebung überlassen. In den Vorstand wurden neuw. wiedergewählt die Kollegen Reibberg als Vorsitzender und Koch als Kassierer. Der Ortsvereinsbeitrag wurde auf 20 Pf. erhöht.

Grünberg l. Schl. In der am 2. Januar abgehaltenen Generalversammlung, die auf besucht war, wurde zunächst durch die einzelnen Druckerelovorträuamänner festgelegt, daß die neuen Steuerungsulagen in allen Druckereien ohne Zwischenfall zur Auszahlung gelangt sind. Der ausführlich gehaltenen Jahresbericht des Vorstandes sowie der Kassenbericht fanden einseitiges Interesse. Leider war daraus zu ersehen, daß an hiesigem Orte noch immer mehrere Kollegen arbeitslos oder in andern Berufen tätig sind. Bei der Wahl der Gesamtvorstandes wurden die Kollegen Weber als erster Vorsitzender und Eitel als Kassierer wiedergewählt. Im weiteren Verlaufe der Versammlung fanden verschiedene interne Angelegenheiten unter lebhafter Ausprache ihre Erledigung.

Gumbinnen. Am 3. Januar fand unsre erste Generalversammlung statt. Vorsitzender Wegner begrüßte es, daß die Steuerungsulage glatt zur Einführung gekommen sei. Nach Verlesung des Kassenberichts berichtete Kollege Eichrich über die letzte Kartellbildung. Ein Antrag betreffs Erhöhung des Krankengeldes fand die Zustimmung aller Kollegen. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde Kollege Eichrich als Vorsitzender und zugleich Kassierer gewählt. Der neu gewählte Vorsitzende ermahnte die Kollegen zum festen Zusammenhalt und zur kräftigen Mitwirkung am Ausbau untes jungen Ortsvereins, der speziell in Gumbinnen gegen die Mehrzahl der Gutenbergsdler einen schweren Stand hat. Nach Erlebung verschiedener Anfragen wurde die Versammlung geschlossen.

Samburg-Allona. (Maschinenmeister. — Werteljahrsbericht.) Am 11. Oktober fand eine Monatsversammlung statt, die sich mit der Abhaltung einer Konferenz der norddeutschen Maschinenmeistervereine befahte. In Anbetracht der Verkehrsschwierigkeiten mußte davon abgesehen werden und die Konferenz einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. — Am 8. November hielt Herr Schillmann vom Gauke Blüsch einen Vortrag: „Betrachtungen über den Papiermarkt 1914—1919“, der allgemeinen Beifall fand und dem sich eine rege Diskussion anschloß. Dem Referenten sei hierdurch nochmals gedankt. — In der Dezemberversammlung wurden die Kandidaten zur Vorstandswahl aufgestellt. Kollege Reindorf hielt einen Vortrag über „Die Siegedruckpresse und der Illustrationsdruck“. Ferner wurde für die Arbeitslosen eine Weisnachtsulage von 10 Mk. beschlossen. — Am 21. Dezember fand eine Weisnachtsfeier statt, die in harmonischer Weise

verließ. Dem Mitwirkenden sei hierdurch nochmals herzlich gedankt.

Kamm (Weißl.). In der Versammlung am 3. Januar gab der Vorsitzende den zahlreich erschienenen Kollegen ein kurzes Bild von den in Aussicht stehenden organisatorischen Arbeiten und forderte die Kollegen zu reger Mitarbeit auf. Die reichhaltige Tagesordnung fand bei teilweise lebhafter Diskussion schnelle Erledigung. Ein Kollege, bisher Gutenbergsdler, wurde unsern Reihen zugewöhrt. Eine Eingabe an die Nationalversammlung, das Betriebsrätegesetz betreffend, wurde einstimmig genehmigt. — Die Februarversammlung wird uns einen Vortrag über die Konsumbewegung bringen. Die neue Steuerungsulage hat uns nicht befriedigt. Unsern Gehilfenvertretern gebührt Dank für ihr Verhalten den Prinzipalen gegenüber. Den Prinzipalen aber, insbesondere auch unsern hier am Orte, fehlt zum Teil noch das soziale Verständnis.

Kellborn. (Maschinenmeisterverein. — Werteljahrsbericht.) Auch das letzte Vierteljahr schloß sich würdig den vorhergehenden an. Ein Pfaffenjuristenkursus, der von unsern Technischen Kommission geleitet wurde, erzielte sich einer sehr lebhaften Beteiligung, hauptsächlich von seinen jüngeren Spartenkollegen. Eine weitere Versammlung nahm einen Vortrag über die Kaufschiffe Brochüre: „Die neuzeitliche Anwendung der Buchdruckpresse“ entgegen. In der Diskussion wurde der eigentliche Kern der Sache, das Vornamens- oder Dreimännersystem an einer Maschine, scharf kritisiert. Sämtliche Redner äußerten sich dahin, daß es zu einer holländischen Treiberei lähere auf Kosten der Kollegen. Ein Kollege nahm an, daß die Herausgabe der Brochüre nur eine Geldmacherei darstelle. Eine „Nah- und Trodenpartie“ nach Redarim in zum Besuch untes dortigen Kollegen am Eisenaustragtag schloß das Jahr 1919.

Sena. In der Versammlung am 10. Januar beschloß man sich mit den Anträgen zur Generalversammlung. Eine Anzahl Verbesserungen und Änderungen soll der Generalversammlung vorgelegt werden. Des weitesten nahm die Kollegenchaft Stellung zum Betriebsrätegesetz und legte nach einer ausgedehnten Debatte den schärfsten Protest gegen den Entwurf der Regierung im allgemeinen und gegen die von den Zeitungsorganen für die Buchdrucker beantragten Verschlechterungen im besondern ein. Für die Beibringungsprüfungskommission wurden sieben von der Graphischen Vereinigung vorgeschlagene Kollegen bestimmt.

Kaltowitz (D.-G.). (Werteljahrsbericht.) Die geringe Höhe der Zulagen ab 1. Oktober (8 Mk.) löste bei allen Gehilfen berechtigtes Unzufriedenheit aus. Es wurde deshalb am 11. Oktober beschlossen, auf dem Wege der Verhandlung zu versuchen, etwas zu erreichen. Eine Vorstandskonferenz der Bezirke Neuhau und Kaltowitz am 18. Oktober beschloß, ein Gesuch an die Prinzipale um Gewährung einer Mitgliedschaftsbeihilfe zu richten. Diese wurde von den Prinzipalen zurückgewiesen. Aus letzterem Anlasse beschloß eine allgemeine Buchdrucker- versammlung am 10. Oktober, an die Tarifinspektoren zu gehen und die Gewährung einer Mitgliedschaftsbeihilfe zu fordern. Eine am 21. Dezember abgehaltene Versammlung äußerte einstimmig ihren Unwillen über die Hinausschiebung der Erhöhung der Lokalzuschläge bis zum 1. Februar.

Kollbus. (Werteljahrsbericht.) Die Versammlung am 25. Oktober ehrte das Andenken des in der Landesirrenanstalt Sorau verstorbenen Kollegen Kleiner, der in seinen gesunden Jahren als Vorsitzender des hiesigen und des Sorauer Ortsvereins seine ganzen Kräfte der Kollegenchaft und der Organisation in verdienstvoller Weise widmete. Das wenig betrieblende Ergebnis der letzten Bezirksversammlung, das die hohen Fahrkosten keineswegs rechtfertigte, soll Veranlassung geben, auf dem nächsten Bezirksrat die Frage zu erörtern, ob es nicht ratsam wäre, diese Ausgaben ferner nur von Delegierten und Ortsvereinsvorstehenden zu beschneiden. — Die Versammlung am 27. November beschloß sich hauptsächlich mit den Anträgen zur Tarifauschubstung und zur Gausvorberkonferenz. — In Hand des „Korr.“ gab Kollege Guck der Versammlung am 17. Dezember Kenntnis von dem Ergebnisse der Tarifauschubstung. Das Ergebnis betrieblige keineswegs. — Am 14. Dezember wurde der Senior untes Ortsvereins, Kollege Jappen, unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen und Parteigenossen der Erde übergeben. In 45jähriger aktiver Partei- und Gewerkschaftsarbeit hat er sich bei allen ein dauerndes Andenken gesichert.

Ludwigshafen a. Rh. (Werteljahrsbericht.) Unser Ortsverein beging am 19. Oktober die Verbandsjubliäum von 20 Kollegen durch eine in allen Teilen wohlgeungene Feier. — In der Versammlung am 30. November konnten drei aus Kriegsgefangenschaft heimgekehrte Kollegen begrüßt werden. Nach der Verlesung und Genehmigung des Kassenberichts vom dritten Quartal erstatteten die Gausratsdelegierten den Bericht zum Gange. Von Gausratsbeschlüssen wurde befallslos zugestimmt. Vorsitzender Hoff widmete dem zurückgetretenen langjährigen und verdienten Gausvorsteher, Kollegen Ko nrich Fuhs, Worte der Anerkennung. Darauf gab Kollege Selwert den Bericht von der Stuttgarter Kreisparlamentsversammlung, in welcher unser Lokalzuschlag von 17½ auf 20 Proz. erhöht wurde. Als Bellscher im Gausvorstand wurden die bisherigen wiedergewählt. Der Bericht vom Gewerkschaftskartell entfaltete eine eingehende Ernährungsdebatte. Als Weisnachtsulage wurde den Inwalden eine Summe von 25 Mk. bewilligt. Die Gründung eines Graphischen Kartells ist in die Wege geleitet worden. In einer gemeinsamen Sitzung der einzelnen Vorstände wurde die Konstituierung beschlossen. Das Kartell soll am 1. März seine Tätigkeit aufnehmen. —

In einer außerordentlichen Bezirksversammlung am 28. Dezember erstattete stellvertretender Gausvorsteher Seiwert den Bericht von der Gausvorberkonferenz. Leider konnten wegen der Verkehrssperre nur Mitglieder vom Vorort erscheinen. Trotz der ausführlichen Berichterstattung im „Korr.“ brachte das Referat doch noch eine Fülle neuer Momente. Die Beschlüsse der Gausvorberkonferenz fanden Zustimmung, ebenso das Ergebnis der Tarifauschubstung. Den Gehilfenvertretern wurde der Dank für ihre Tätigkeit ausgesprochen. Die neuen Steuerungsulagen kamen überall glatt zur Einführung.

Ludwigshafen. Am 4. Januar hielt der Bezirksverein Südwest-Mecklenburg seine erste diesjährige Versammlung ab. Kollege Müller erstattete den Kassenbericht, wofür ihm Lobgedarge erteilt wurde. Darauf erfolgte eine Berichterstattung aus den umliegenden Druckerorten über die Einführung der neuen Steuerungsulage. Es konnte konstatiert werden, daß dieselbe im hiesigen Bezirke von den Prinzipalen zwar bezahlt wird, aber mit blutendem Herzen. Hierauf erstattete unser Gausvorsteher Bahnik (Schwerin) einen kurzen, mit Interesse aufgenommenen Bericht von der Tarifauschubstung. Nach Erlebung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Magdeburg. (Korrektoren.) In der Jahreshauptversammlung am 3. Januar gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick über das verlossene Vereinsjahr. Darin war besonders die Ausstellung des Korrektorenmaterials von der „Bugra“ 1914 im Bürgerlaale des Rathhauses zu erwähnen, die einen Besuch von etwa 1400 Personen aufzuweisen hatte, dank der Unterstützung der hiesigen Tageszeitungen. Ein Vortragsabend, zusammen mit der Graphischen Gesellschaft veranstaltet, war ebenfalls bedeutungsvoll. Redakteur Dr. Krüger sprach über: „Das gute Buch. Die besten Schriftsteller der deutschen schönen Literatur im letzten Jahrhundert“. Die Mitgliederzahl beträgt 20. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Steinke als Vorsitzender wieder sowie Sköwer als Kassierer neu gewählt.

Mainz. (Maschinenmeister.) Der viertelhalbjährige Weisfried unterband wie in andern Orten so auch hier jede normale Vereinsfähigkeit. Auch nach dem Siege, in der ersten Zeit der Besetzung, waren wir in mehrfacher Besetzung in unsrer Tätigkeit gehemmt. Trotz dieses Unfalls fanden im abgelaufenen Jahre fünf Versammlungen statt, die sich mit Fragen tariflicher, organisatorischer und technischer Natur befahten, und andre verschiedene kollektive Versammlungen. Bis auf einzelne Ausnahmen sind alle Druckerkollegen im Bezirke Mainz Mitglieder des Maschinenmeisterklubs. Erzieulicherweise ist das Interesse der Kollegen ein recht reges. Als technisches Interprogramm ist ein theoretischer Apparatkursus vorgesehen. Das benötigte Material wurde uns in freundlicher Weise von den in Betracht kommenden Maschinenfabriken zur Verfügung gestellt. Die Novemberversammlung hörte einen Vortrag über „Ahnung Bogenanleger“. In dem Winterprogramm fortzuführen, hörte die erste Versammlung im neuen Jahr am 4. Januar einen Vortrag über den Bogenanlegerapparat „Dux“ und befahte sich mit den Bestrebungen des Normenausschusses für das graphische Gewerbe“. In der Diskussion wurde u. a. bedauert, daß sich der Normenausschuss nicht auch mit der sehr zeitgemäßen Frage der Walzenbeschaffenheit befaht habe. Die schlechte Beschaffenheit von selbst neuen Walzen stelle die sachgemäße Herstellung einer jeden Druckerarbeit in Frage. Auf die Herstellung der Walzenmasse müsse seitens der Walzenfabrikanisten die größte Sorgfalt verwendet werden. Zur Erzielung besserer Resultate in den Walzenfabrikanstellen würde die Zugabe lichter Fachleute beitragen. Sodann wurde das Rundschreiben der Zentralkommission besprochen und über die Besprechung der Gausvereinigung während des mittelhessischen Gausaus in Mannheim Bericht erstattet.

Mühlb. (Korr.) Unser gegenwärtig 23 Mitglieder zählender Ortsverein hielt am 18. Januar seine Generalversammlung ab. Der Besuch war gut. Als Vorsitzender wurde Paul Fink wiedergewählt und als Kassierer Peter Schnepp, Vorsitzender des Bezirksvereins Mühlb. ernannt.

Neuwied. Am 4. Januar fand bei vollem Besetzung unser Generalversammlung statt. Vorsitzender Kern erstattete Bericht über die Tätigkeit des Ortsvereins im vergangenen Jahr. Ebenfalls erstattete der Kassierer und Vertrauensmann Paul Müller einen ausführlichen Bericht, in dem er die letzten Tarifauschubstungen besonders hervorhob. Er gedachte mit Dankesworten der Gehilfenvertreter, die diesmal einen ganz besonders schweren Stand hatten, um die Verhandlungen zu einem für die Gehilfen einigemmaßen zufriedenstellenden Abschlusse zu bringen. Am Schlusse seiner Ausführungen legte Kollege Müller eine Resolution vor, in der für die ab 1. Januar 1920 ganz enorm gestiegenen Preise für Lebens- und Bedarfsartikel ein sofortiger geroder Ausgleich gefordert wird. Die Resolution gelangte zu einstimmiger Annahme. Die Statutenänderung mußte in Anbetracht der aus der Versammlung gestellten Zusatzanträge und der vorgeschriebenen Zeit halber einer besonderen Kommission überwiehen werden. Aus den Neuwahlen gingen hervor als erster Vorsitzender Kollege Gräbe und als Vertrauensmann und Kassierer Kollege Müller. Der neugewählte Vorsitzende dankte namens der Versammlung dem scheidenden Vorstande.

Walsungen (Saar). (Korr.) In der Generalversammlung am 3. Januar war von zwei Drifften der Kollegenchaft befaht. Die Ausprache über die neue Steuerungsulage zeitigte eine sehr lebhafte Diskussion. Als Grenzort befinden wir uns in einer besonders mißlichen Lage. Die Bewohner des nahen Lothringens verfallen infolge untes

Schlechten Valuta über eine bis ins Unfassliche gestiegene Kaufkraft ihres Geldes, die sie in überlichem Maß ausnützen. Die logische Folge ist großer Warenmangel und ein steiles Steigen der Preise für Waren und Gegenstände aller Art. Das Fazit der Aussprache war die Annahme einer Resolution, die unter voller Würdigung der überwundenen Schwierigkeiten durch unsere Gefährdeten, der Entfaltung der heissen Gesellschaftsarbeit gibt. Mit der Mahnung, besonders an die jüngeren Kollegen, sich mehr an dem gewerkschaftlichen Leben zu beteiligen, schloß der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung.

Briefkasten

B. M. in D.: Entgegung auf den Brief von Kollegen wird ausgenommen, es kann aber nur nicht alles so schnell gehen, weil bei den hochgehenden Wogen kein Landgang zu groß ist. — **A. W. G. in B.:** 1. Will feilscherförmlich ankommen; Sie gehen aber von Ihrem Standpunkt aus, der jede, falls höher steht als der, was wir so oft zu hören bekommen. 2. Die Ablehnung des früheren Urteils erfolgte in der Hauptsache wegen eines Punktes darin, der Ihrem Zweck der Zusammenführung nicht möglich hätte sein können. — **D. P. in H.:** Ihre günstige Meinung über die Artikel unter „Ernährungsweise“ wird auch von uns geteilt, wie wir wohl wissen, aber zu einer größeren Verbreitung können wir nichts Besonderes tun; der „Korr.“ erscheint ja in annähernd 33000 Nummern. Wenn Sie einige Nummern zu spezifizieren möchten, verwenden Sie bitte die Nummern der 2. oder 3. Ausgabe. — **G. S. in B.:** Danken recht herzlich; werden Dank zu erfüllen. — **M. A. in C.:** In voriger Nummer haben wir nach einer kurzen Zeilungs-meldung über die letzte Entscheidung Kenntnis gegeben. Werden sehen, wie sich das noch verwenden läßt. — **E. N. in B.:** Wir denken das als Generalversammlungsartikel zu bringen. — **H. E. in B.:** Solche „politische Mitteilungen“ kennt man ja; es läßt sich darüber gelegentlich schon etwas sagen. — **M. A. in D.:** Möchten erst nach Prüfung eingehen, da aber wegen Arbeitsaufhang noch nicht dazu gekommen, soll die Campingsbeziehung hiermit nachgeholt werden. — **W. S. in B.:** Ja, das ist doch sehr unmöglich, wenn jeder mit seinem Artikel oder mit seinem Versammlungsartikel gleich oder in der nächsten Nummer herauskommen will! Es sind jetzt nur Einwendungen im Zusammenhang mit den Zeilungsverordnungen über einige Wochen kann es das nicht geben. Wir sind so überhäuft mit Material von beiderlei Seite, daß Wochen darüber vergehen, bis sie zur Ver-

öffentlichung kommen können. Mit den Zeilungen geht es auch schwerlich so weiter. Buchmacher sollten doch wissen, wie es mit dem Papier steht. Oder glaubt man, beim „Korr.“ ginge alles möglich zu machen? Wenn in einer Woche einmal der „Korr.“ nicht kommt, kann wir es doch wohl endlich begreifen werden. — **H. S. in C.:** Warum sollte denn ein so verständiger Mann die Sache verstehen? Der andere in B. Der Zeilungsartikel wäre also vorübergegangen? Der andere kommt in B. daran. — **G. E. in G.:** Wenn Kollege E. wieder im Geheire, könnte er einmal kommen; die beiden anderen haben sich schon mehrfach abgesetzt. — **H. U. in B.:** Gratulieren über Ihren Erfolg. — **E. N. in A.:** Danken für Mitteilung. — **G. S. in A.:** Bestenfalls dankend Empfang. — **Nach G. S.:** Selbstverständlich ist der Artikel richtig, nämlich „Korr.“. — **H. E. in B.:** Der Arbeitsblätter der Z. Schulz in Dierburg ist bereits so oft im „Korr.“ abgemacht (siehe in Nr. 17), daß man wirklich erwarten könnte, jener Artikel müßte wenigstens im nächsten Heft erscheinen. — **H. U. in B.:** In Dresden: Karten haben sich abgesetzt zu haben. — **G. E. in C.:** Danken für Zuführung. — **P. S. in Berlin:** Aber 25jährige Geschäftsblätter werden wir nicht. — **G. S. in D.:** 1.20 Mk. — **G. W. in Darmstadt:** 3,46 Mk.

Für Besuche auf der Redaktion bitten wir dringend, die Stunden von 10 bis 3 Uhr am Dienstag, Donnerstag und Sonntag abzunehmen; es drängt sich in diese Zeit viel Arbeit zusammen, daß jede Abhaltung das Fertigmachen ungünstig beeinflusst. (Hierzu eine Zeilung.)

Berein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen (Gau Leipzig B. d. D. B.)

Dienstag, den 17. Februar, nachmittags 5 Uhr, im „Volkshaus“:

Gaumnitzliederverammlung
Tagesordnung: 1. Antrag der Arbeitslosen: Sofortige Einstellung der Arbeitslosen in die Betriebe, proportional nach der Zahl der darin Beschäftigten. 2. Bericht über das vergangene Geschäftsjahr des Gewerkschaftsvereins. 3. Wahl der Gewerkschaftsleiter. 4. Bericht über die Gauvorsitzerkonferenz. 5. Bericht betreffend die Zeilungsverordnungen.
Der Gaumnitzliederverein legt seinen Bericht in das Versammlungsheft. Werte Kollegen! Um einen größeren Teil der Kollegenzahl Gelegenheit zu geben, die Versammlung besuchen zu können, sind außer dem großen Versammlungssaal auch noch sämtliche Nebenräume belegt worden. Es ist dringend erforderlich, daß der Besuch der Versammlung in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ein zahlreicher wird.
Parum ist es Pflicht aller Kollegen, in obiger Versammlung zu erscheinen. Der Gauvorsitzende, Carl Engelbrecht, 1. Vorsitzender.

Typographische Vereinigung Berlin

Montag, 20. Februar, abends 8 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofstr. 2:

Tageshauptversammlung
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kassenprüfer. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Rechnungsänderung. 5. Verschiedenes. Ausstellung und Besprechung des Wettbewerbs zur Erlangung von Entwürfen für unsern Zeilungsbericht.
Die Ausstellung der Kalender und Vorkrag des Schriftstellers Robert Brenner finden nicht statt.

Montag, den 6. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Berliner Klubhaus“:
1. Richtlinienvortrag: Prof. Schröder, „Die Malerei vom Ausgang des 19. Jahrhunderts“. 2. Arbeiten aus Zossen. 3. Eingänge und Verschiedenes. Als Ergänzung des Vortrags:

Donnerstag, 21. März, vormittags 9 Uhr:
Führung durch die Nationalgalerie
im früheren Kronprinzenpalast, Unter den Linden. [438]

Donnerstag, 14. März, von 10 bis 3 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofstr. 2:
Ausstellung von 180 Entwürfen
aus dem Wettbewerb zur Erlangung von Kalendern für die „Z. M.“ 11 Uhr; Vortrag: Kollege Fritz Stenke, Leipzig.

Das Problem einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe. Von Karl Schaeffer. Vorleser 70 Pf. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstraße 8 III. Postfachkonto 53430. Preisliste Nr. 6 für Großblätter und Werkzeuge.

Möllenschatz „Typograph“ Serie 3, neue Ausgabe. Intergraphische Darstellung von zeitgemäßen Druckmaschinen. Ia. 124, 4,50 Mk. bei Borelin, Nachn. 4,80 Mk. J. Wienands, Graph. Verlag, Bonn a. Rh., Rosental 42.

Vernt die Sprache der Natur

Ihre Kenntnis ist das höchste dem Menschen erreichbare Wissen, das den Untergrund zu einem wahrhaft glücklichen Leben bildet. Lesen Sie darum die hochinteressante Schrift:

„Die Macht des exakten Wissens“
die Ihnen den Weg weist in eine lichtvolle Zukunft. Die Zusendung erfolgt kostenlos von dem Verlag Dr. Rithke, Leipzig-Lindenau. [376]

Die Zeitschrift des Stenografenverbandes Stolze-Schrey schrieb: „Ein Vortag des Systems Scheithauer muß unumwunden anerkannt werden: die leichte Erlernbarkeit! Die ungewöhnliche, geradezu auf der Hand liegende Einfachheit des Systems Scheithauer.“ — Ferdinand Schrey (Gründer von Stolze-Schrey) urteilt („Neuwacht“ 2/19): „Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß es nicht so sehr leicht ist, unser System Stolze-Schrey richtig zu schreiben. Ich erhalte täglich viele Dutzende von Zuschriften in unserm System, zum großen Teil von Gebildeten, Lehrer sind wenige darunter!“ — Vom System Scheithauer sagt Herr Schrey („Neuwacht“ 1/19), daß es — „doch nicht nur als Durchschneider, sondern auch als Höchstleistungen mindestens das gleiche leistet wie das System Obelshergers!“ — Darum verlangt Ferdinand Schrey ausdrücklich, daß die Stenografie Stolze-Schrey vereinfacht werde, damit sie künftig so einfach sei wie jetzt das System Scheithauer ist. — Selbstlehrbuch der Stenografie Scheithauer 2 Mk. Die Stenografie Scheithauer besteht aus 42 Zeichen, mit denen ausnahmslos jeder gesprochene Laut der Sprache geschrieben wird, 4mal schneller als in Gemeinschrift, wie auf der Schreibmaschine: mit 2 oder 3 Ausfertigungen.
Karl Scheithauers Verlag, Postcheck 52 072, Leipzig-Lindenau.

Unentbehrlich für jedermann ist das feierlich erscheinende Meyers Handlexikon
7. Auflage, mit 1610 Textabbildungen, 45 Karten und 80 Bildtafeln.
Ein Band in Leinen gebunden 44 Mk.
Das Werk bringt in kurzer, gemeinverständlichster Form alles Wissenswerte über die Neuordnung der Welt und die Fragen der Gegenwart.
Zu beziehen durch die Buchhandlung: A. Slegel, München 8.

Geschäftsführer für das Saargebiet

gesucht. Bewerber muß technisch und kaufmännisch durchaus erfahrener Buchdrucker sein. Bewerbungen wolle man unter Angabe der Gehaltsansprüche und des Einkommens einfinden an den Verlag der „Volkstimme“, Saarbrücken. [444]

Bertrauensstellung

Suche zum 23. Februar, eventuell später, für meine Maschinenwerkerei einen selbständigen, in allen vorerwähnten Gängen und Druckarten bewanderten und selbstständig arbeitenden [440]

Schweizerdegen

mit Vebreuechtigung (jedoch nicht Bedingung). Derselbe muß auch Erfahrung in Kalkulation besitzen. [440]

Mag Müller Nachf., Inh. Hubert Wolski, Bismarckstr. 1, Pom. [451]

drei Dinstypsetzer

für Dinstypsetzerei gesucht. Nur perfekte, tüchtige Maschinenkennner wollen Offerten senden an die Verlagsanstalt der „Ostdeutschen Morgenpost“, Beuthen (O.-Schl.). [452]

Korrektor

gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Bildungszeugnis sind zu richten an die Verlagsanstalt der „Ostdeutschen Morgenpost“, Beuthen (O.-Schl.). [452]

Rundrechner

für Zeilungsrollen von Kleinbuchdruckerei gesucht. Angebote unter Nr. 453 an die Geschäftsstelle d. Z. [453]

Schreibe

weicher Diers keine vierjährige Lehrzeit beantragt, fern im Zeilungs- und Abzählungs-Verfahren, 10 bis 15 Jahre lang. Angebote unter Nr. 454 an die Geschäftsstelle d. Z. [454]

Jüngerer Inkeraten- und Holzidenzleher

Sucht sofort Stellung. Galt wohnl. Ausführliche Angebote an W. Ohl, Grünberg i. Schl., Scherndorfer Str. 10. [455]

Holzidenzleher

Sucht passende Stellung. Möglich im Entwurf und Geh. höhere Schulbildung. Angebote unter Nr. 283 an die Geschäftsstelle d. Z. [456]

Schreibe

Neuzeitliche Ausnutzung der Buchdruckpresse
Ein Vortag zur Umformung der bisherigen Zeilungs- und Produktionsweise im Buchdruckgewerbe. Von Dr. Schrey. Preis gebunden 2,60 Mk., geb. 3,50 Mk. Preisgrüner erschienen und grundlegend für obiges Buch: [457]

„Wie soll ich zurichten?“

Ein Leitfaden z. Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten auf Schweißpresse u. Siegel. 112 S., 22 Abb., 20 Taf., a. Kunstbr., geb. 2,50 Mk.; 1. Aufl. [458]

Der Buchdrucker im A-B-Z

Ein Ratgeber z. Einstellung des Universitäts-Bogenzählers auf alle Papierarten: 93 S., 112 Abb., 55 Taf., geb. 1,75 Mk. u. je 25 Porto (Nachn. 40 Pf. mehr) od. Nachn. v. Berl. M. Rauch, Stuttgart, Robert-vollmerr-Str. 9. Postfachkonto 15612. [459]

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Barmen. [460]

Gute Fachbücher

Fachbücher für Seher
Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittegeb.), Postfachkonto 53430. [461]

Maschinenband

Friedensqualität, liefern [340]
Bauer & Mall,
Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Gustav Klähn

aus Kauen, früher in Stettin i. C. sende Deine Adresse an [439]
Fritz Sinn,
Düsseldorf, Bempforter Straße 2.

Walter Buch

im 21. Lebensjahr. [448]
Ein ehrendes Andenken bei wohnt ihm
Verein Berliner Buchdruck-
maschinenmeister.

Alfred Schöniger

im 11. Februar verschied unerwartet nach kurzem, schwerem Krankenlager; unter liebt Kollege, der Seher [450]
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kollegen der Firma
W. Prugulin, Leipzig.

Johann Ziegler

im 14. August 1918 im Alter von 29 Jahren in einem Jagunfall gestorben.
Ehre seinem Andenken!
Maschinenvereinsvereinigung
Rheinland-Wehrhans
(Bezirk Dortmund). [451]

Georg Kinkel

aus Bonn, im Alter von 56 Jahren, im 11. Februar 1918 im Alter von 35 Jahren durch den Tod entfallen. [442]
Wir werden dieses braven Mannes stets gedenken.
Das Personal der Buch-
druckerei Otto Koods, Berlin.

Wilhelm Hertel

unser lieber Kollege, der Seher [443]
wurde uns am 9. Februar plötzlich im blühenden Mannesalter von 35 Jahren durch den Tod entfallen. [442]
Wir werden dieses braven Mannes stets gedenken.
Das Personal der Buch-
druckerei Otto Koods, Berlin.

Arbeiter!

Arbeiter!
Arbeiter!
Arbeiter!
Seher muß genau Bescheid wissen über das wichtige neue Gesetz über die Betriebsräte!
Wichtig, übersichtlich, praktisch, volkstümlich ist das
Betriebsräte-Sonderheft
der Kunstverlag des Arbeiterrechts.
Bei sofortiger Vorausbestellung Vorzugspreis 3,50 Mk., zuzüglich Porto und Nachnahmegebühr. [411]
Volksverlag für Politik und Verkehr,
Stuttgart, Ulmerstraße 24 1.

Arbeiter!

Arbeiter!
Arbeiter!
Arbeiter!
Seher muß genau Bescheid wissen über das wichtige neue Gesetz über die Betriebsräte!
Wichtig, übersichtlich, praktisch, volkstümlich ist das
Betriebsräte-Sonderheft
der Kunstverlag des Arbeiterrechts.
Bei sofortiger Vorausbestellung Vorzugspreis 3,50 Mk., zuzüglich Porto und Nachnahmegebühr. [411]
Volksverlag für Politik und Verkehr,
Stuttgart, Ulmerstraße 24 1.

Arbeiter!

Arbeiter!
Arbeiter!
Arbeiter!
Seher muß genau Bescheid wissen über das wichtige neue Gesetz über die Betriebsräte!
Wichtig, übersichtlich, praktisch, volkstümlich ist das
Betriebsräte-Sonderheft
der Kunstverlag des Arbeiterrechts.
Bei sofortiger Vorausbestellung Vorzugspreis 3,50 Mk., zuzüglich Porto und Nachnahmegebühr. [411]
Volksverlag für Politik und Verkehr,
Stuttgart, Ulmerstraße 24 1.

Arbeiter!

Arbeiter!
Arbeiter!
Arbeiter!
Seher muß genau Bescheid wissen über das wichtige neue Gesetz über die Betriebsräte!
Wichtig, übersichtlich, praktisch, volkstümlich ist das
Betriebsräte-Sonderheft
der Kunstverlag des Arbeiterrechts.
Bei sofortiger Vorausbestellung Vorzugspreis 3,50 Mk., zuzüglich Porto und Nachnahmegebühr. [411]
Volksverlag für Politik und Verkehr,
Stuttgart, Ulmerstraße 24 1.

Arbeiter!

Arbeiter!
Arbeiter!
Arbeiter!
Seher muß genau Bescheid wissen über das wichtige neue Gesetz über die Betriebsräte!
Wichtig, übersichtlich, praktisch, volkstümlich ist das
Betriebsräte-Sonderheft
der Kunstverlag des Arbeiterrechts.
Bei sofortiger Vorausbestellung Vorzugspreis 3,50 Mk., zuzüglich Porto und Nachnahmegebühr. [411]
Volksverlag für Politik und Verkehr,
Stuttgart, Ulmerstraße 24 1.

Arbeiter!

Arbeiter!
Arbeiter!
Arbeiter!
Seher muß genau Bescheid wissen über das wichtige neue Gesetz über die Betriebsräte!
Wichtig, übersichtlich, praktisch, volkstümlich ist das
Betriebsräte-Sonderheft
der Kunstverlag des Arbeiterrechts.
Bei sofortiger Vorausbestellung Vorzugspreis 3,50 Mk., zuzüglich Porto und Nachnahmegebühr. [411]
Volksverlag für Politik und Verkehr,
Stuttgart, Ulmerstraße 24 1.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 19 — Leipzig, den 14. Februar 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Das neue Recht

Mit dem Industrialismus wurde es geboren, mit ihm wurde es groß und soll nun formuliert und geschrieben werden. Der Krieg, der so viel Wertvolles niederriß, zerstörte und verdarb, er zerbrach auch seine schärfste Waffe: den Militarismus der herrschenden Gewalten. Ein graulames Instrument war er für unser Volk, eine Stütze der Vorrechte, ein Bollwerk gegen alles Neue, das sich ringend und gärend durchsetzen wollte. In seinen Tagen fiel das triviale Wort: „Du sollst auf Vater und Mutter schießen!“ Von denselben Lippen, die dem Volke die Religion erhalten wollten, deren oberstes Gebot lautet: „Du sollst nicht töten!“ Daß er nie wieder seine Auserkennung erleide, daß er nie wieder aus Männern und Menschen Werkzeuge des Nordens werden lasse, ist die oberste, heiligste Pflicht, die das neue Recht jedem einzelnen auferlegt!

Was soll das neue Recht bringen? Anrecht und Pflicht auf Arbeit! Anrecht auf freie Entwicklung des Menschen und Ausbarmachung jeder tüchtigen Kraft für die Allgemeinheit, verantwortungsvolle Mitarbeit aller Volksschichten am Gelingen der Nation. Beschränkung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mit dem Ziele der Aushebung jeder Ausbeutung.

Ringend und gärend gebiert die neue Zeit das neue Recht, das langsam in ihrem Schoße reifte. Freiheit soll das neue Recht geben. Freiheit aber gibt nicht nur Rechte, Freiheit gibt Pflichten! Und das die Klasse, um deren Gleichberechtigung, um deren mitverantwortliche Tätigkeit, um deren Aufstieg es geht, die ruhige Kraft des Handelns und der Tat aufbringe, daß sie nicht im Bruderkampf ihr Bestes verliere, daß sie das Fundament zu weiterer Entwicklung breit anlege, wird der Beweis ihrer Reife sein. Denn es ist Weltgeschichte, Menschheitsgeschichte, die in unsern Tagen gemacht wird!

Leipzig. Paul Lehmann.

Das Betriebsrätegesetz in Theorie und Praxis

Wir Buchdrucker haben alle Ursache, mit der Schaffung des Betriebsrätegesetzes unzufrieden zu sein. Doch angesichts der Tatsache, daß das wirtschaftliche Leben gerettet, daß also die Not der Zeit ein Experimentieren auf diesem Gebiete nicht gestattet, wollen wir den Weg einschlagen, der der gangbarste ist: durch die Tarifgemeinschaft das zu erreichen, was auf dem Wege der Gesetzgebung unmöglich war.

Schon höre ich allerlei Einwände. Aber die Sache denke ich mir so: Zunächst ist durch alle Kollegen darauf hinzuwirken, daß die in mehrheitslosigkeitsförmigen und unabhängigen Parteibetrieben beschäftigten Kollegen durch ihre Betriebsräte darauf dringen, daß das Betriebsrätegesetz vollständig zur Ausführung gelangt, wie es das wirtschaftliche Programm der betreffenden Partei verlangt. Da das Betriebsrätegesetz in den nächsten Jahren jedenfalls die bedeutendste Rolle im politisch-gewerkschaftlichen Leben spielen wird, ist es ein Gebot der Selbstverständlichkeit, daß die Parteibetriebsgewaltigen sich bemühen, die graue Theorie in rosarote Praxis umzuwandeln. Sie sollten nach meiner Meinung den Versuch machen, auf ein Probejahr (vielleicht vom 1. Juli d. J. bis zum 30. Juni n. J.) das Gesetz entsprechend ihrer idealen Gesinnung zu handhaben. Sollte das in manchen Betrieben nur unter größter Ausnutzung der Arbeitskraft möglich sein, Kollegen, nehmt das Opfer auf euch, tragt es mit Würde; es muß durch die Tat bewiesen werden, daß das Gesetz auch in unserm Beruf im weitestgehenden Maß angewandt werden kann.

Wenn also die Kollegen der Parteibetriebe in diesem Sinn Erfolge zu erzielen vermögen, dann werden sie in Jahresfrist wiederum ein Stück praktische Arbeit geleistet haben, wie sie der Tradition untrer Organisation entspricht. Kollegen, es gilt der grauen Theorie! Ihr müßt den Beweis der Durchführbarkeit erbringen helfen, den unsre Führer brauchen, um im Rahmen der Tarifgemeinschaft eventuelle Nachteile des Gesetzes ausmerzen und zu seinem besseren Ausbau beitragen zu können. Mannheim-Ludwigshafen. W. Göbner.

Unser Lohn und die neuen Lokalzuschläge

Die seit längerer Zeit und schon des öfteren angehängten Lokalzuschläge sind Ereignis geworden. Kollegen, die in der gleichen Lage sind wie wir und in einem Kreise mit starker Industrie ihren Beruf ausüben, werden am eigenen Leibe erfahren haben, wie die bessere Kaufkraft anderer Arbeiterkategorien die wirtschaftlichen Verhältnisse der Buchdrucker beeinflusst. Das wahnwitzige Anziehen der Preise für alle notwendigen Artikel des täglichen Bedarfs, wodurch innerhalb der letzten fünf Wochen eine

Verkeuerung der Lebenshaltung um mindestens 30 Prozent eingetreten ist, steigert die wirtschaftliche Not der Kollegenchaft von Woche zu Woche. Und dabei ist ohne eine Änderung untrer Lohnpolitik an Anpassung an die Höhe anderer Industrien gar nicht zu denken. Bekommen doch jetzt in dem in der Nähe legenden Werke Leuna die Bucharbeiter einen Stundenlohn von 3,45 Mk., was einem Mindestwochenlohn von 165,60 Mk. entspricht. Auf der gleichen Höhe werden sich nach den augenblicklichen Verhandlungen die Löhne der Bauarbeiter bewegen. Dergleichen erleiden die hiesigen Schuhfabrikarbeiter auf den bestehenden Lohn, der den der Buchdrucker stets einige Rängen hinter sich ließ, eine neue wöchentliche Teuerungszulage von 32 Mk., nachdem sie schon vor Weihnachten namhafte Entschädigungsummen erzielten. Außerdem bestehen Kinderzulagen, dergleichen in Leuna. Durch die homöopathische Art untrer Teuerungszulagen, die stets (und das schon jahrelang) von den tatsächlichen Verhältnissen überholt wurden, sind wir so weit, daß der Lohn der Buchdrucker um ungefähr 40 Prozent niedriger ist als der anderer Berufe hier.

In Hinblick auf diese Verhältnisse lehnte ein großer Teil der Kollegen, und in erster Linie die verheirateten, die letzte Forderung auf die Neuregelung der Lokalzuschläge, um sich dadurch in wirtschaftlicher Beziehung etwas zu verbessern. Nach der nun erzielten Bekanntmachung erlöst Weibensfels von 7^{1/2} auf 10 Prozent Lokalzuschlag. Und das Resultat: 69 Pf. Rodnausschlag pro Woche! Ob die Kommunalbeamten, denen die höhere Serviceklasse rüdwirkend bis 1. Januar 1919 gezahlt wird, auch so wundervoll abgeduldet haben? Bei der heutigen wirtschaftlichen Notlage der Buchdrucker steht so ein Angebot einer Verhöhung käuflich ähnelnd. Viele Kollegen sind sich noch nicht klar, ob sie die 69 Pf. auf die ganze Woche verfallen zur Verbesserung der Abendlohn, oder ob sie zu einem Fonds angeammelt werden sollen zur Anerkennung für die hier geleistete „positive“ Arbeit.

Das ganze ungesunde Verhältnis untrer Staffelpolitik wird klar beleuchtet durch die Spannung zwischen den einzelnen Lokalzuschlägen, die bei 7^{1/2}, bis 10 Prozent, 69 Pf., bei einer weiteren Staffelung von 2^{1/2} Prozent, aber 9,33 Mk. beträgt. Warum das ganze Festhalten an Schematischen, das für die jetzige Zeit längst keine Berechtigung mehr hat? Diese burokratische Spießigkeit schallt, wenn auch vielleicht ungewollt, Härten, unter denen letzten Endes doch nur die Kollegen zu leiden haben. Die neuen Lokalzuschläge zeigen, daß in einer ganzen Reihe von Städten die Kollegen in der gleichen Lage sind. Läßt sich aus der Vogelperspektive beurteilen, ob z. B. in Weibensfels und Naumburg die wirtschaftlichen Verhältnisse günstiger liegen als in Leipzig? Bei den heutigen Preisverhältnissen wäre eine Einkufelung der Stände in höchstens vier Klassen mehr am Platze, und zwar: Großstädte, mittlere, kleine und solche mit Saisonzuschlag. Dergleichen empfiehlt sich, da der Grundtarif augenblicklich keine Änderung erfahren kann, die sofortige Einführung beweglicher Teuerungszulagen, die sich den tatsächlichen Verhältnissen automatisch anpassen.

Bei etwas gutem Willen müßte sich hier ein Weg zur Besserung finden lassen, um diese Unzulänglichkeiten aus der Welt zu schaffen — aber bald!

W. K.

Anmerkung der Redaktion: Dem Verfasser ist beizufügen, daß Weibensfels mit seiner ganzen Lage inmitten hochindustrialisierter Orte ist der Lokalzuschlag zu niedrig und die Steigerung um 69 Pf. lächerlich. Es wird dieser Fall ja nicht verneint, sondern, aber in einer solchen Bedeutung wie für Weibensfels doch wohl. Bei der diesmal so ausgedehnten Regelung der Lokalzuschläge — die Bekanntmachung des Tarifamts in der vorigen Nummer läßt erkennen, daß sie noch nicht abgeschlossen war — mit vielen beträchtlichen und zum Teil ganz erheblichen Überhebungen bildet Weibensfels einen belangreichen Schönheitsfehler, der nur nicht gleich gesehen wird. Daß wir mit den Lokalzuschlägen zu einer Vereinigung auf drei oder vier Klassen kommen müssen, ist bekanntlich schon mehrmals von uns betont worden.

Zur Rechtschreibänderung

Oberkorrektor Diko Reinecke (Berlin), der leider seit einigen Wochen aus Krankheitsursachen und am Schreiben verhindert ist, läßt uns durch Vermittlung von befreundeter Seite diese Erklärung zugehen:

Aus Kollegenkreisen erhalte ich Anfragen, wie ich zu der geplanten Rechtschreibänderung stehe. Ich will mit meinem Urteile nicht zurückhalten und in Kürze folgendes sagen: Die heute bestehende Rechtschreibung ist verbesserungsfähig und -bedürftig; ein völliger Umsturz ist aber nicht nötig. Wenn die Mitglieder der Konferenz des 1876 erschienenen Büchleins Konrad Durbens: „Die Zukunftsorthographie“, gelesen hätten, dann wäre ihnen Richtung und Möglichkeit einer Änderung klar gewesen. Die von der radikalen Seite vorgeschlagenen Änderungen sind unbrauchbar. Sie nehmen nicht genügend Rücksicht auf das gesprochene Wort und führen im allgemeinen zu einer großen Begriffsverwirrung. Für das Auge muß die Schrift anders aussehen als das gesprochene Wort. Den Wegfall der Großbuchstaben halte ich nicht für vorteilhaft. Man soll sich bei Verteidigung der radikalen

Änderungen nicht auf fremde Sprachen stützen, wo Begriffsverwirrungen wie im Deutschen unmöglich sind. Untrer Rechtschreibung läßt sich in möglichen Grenzen verbessern durch den Wegfall der Besonderheiten in den Regelbüchern von Preußen, Bayern und Österreich, durch möglichst gänzliche Beseitigung der Doppelschreibungen und dann durch Verwirklichung der Vorschläge, die in der schon erwähnten „Zukunftsorthographie“ Konrad Durbens enthalten sind, die übrigens zum Teil auf derselben Linie liegen, die auch von der Ausnahmehereite — hier unterstellt von der Minberheit — verfolgt wird.

Wenn man sich mit dieser Reform nicht begnügen will, dann muß man völlig reinen Tisch machen und eine streng phonetische Schreibung einführen, wozu etwa 40 Buchstaben nötig wären, was allerdings auch für die Lehrer eine große Belastung bedeute, die sich ihre landtätliche Mundart vollständig abgewöhnen müßten. Das Volk zur Höhe der phonetischen Wissenschaft zu erheben, dürfte eine sehr lange Zeit dauern. Weiteres hierüber muß ich mir für später vorbehalten. Darauf es mir für heute ankommt, ist die Unterbrechung der Forderung, daß Männer der Praxis zur Fertigstellung eines etwa neu zu schaffenden Regelbuchs herangezogen werden. Untrer Wissenschaftler in allen Ehren, aber ihre Unzulänglichkeit ist immer zum Ausdruck gekommen, auch bei den früheren Auflagen der Wörterbücher. Erst als sich zu den Gelehrten die Fachmänner gesellten, kam etwas Brauchbares zustande. Die Gelehrten sind gar nicht in der Lage, die Schwierigkeiten zu erkennen, die mangels strenger Regeln entstehen. Ganz nebenbei möchte ich noch bemerken, daß die Abschaffung der Großbuchstaben auch die Einführung der Antiqua als alleinige Schrift nötig machte, was ich für einen Vorteil halte, während viele andre die Fraktur neben der Antiqua nicht missen mögen.

Zum Schluß noch diese Bemerkung: die von der Ausnahmehereite empfohlene Änderung bedeutet die Aufhebung jeder Regel. Fünfzigwägig Jahre habe ich mit Leidenschaft die Orthographie zu fördern gesucht, viele Jahre lang unter den Augen meines unvergeßlichen Lehrers Konrad Durbens. Diesen jetzt vorbereiteten Verfall will und kann ich nicht mitmachen! Jahrzehnte werden vergehen, bevor die in Vorschlag gebrachte Schreibung eingeführt ist; wer nicht dazu gezwungen ist, wird sich ihrer nicht bedienen. Einige Jahre hindurch befanden unter Bismarck verschiedene amtliche Schreibungen; und doch waren die damaligen Neuerungen, gegen die sich Bismarcks Widerstand wandte, lächerlich gering gegenüber dem heute Beabsichtigten. Seine Verwirklichung würde vor allem den Buchdruckern aufs neue eine Regellostigkeit bringen, der sie dank der von Ulmster Duden und seinen Mitarbeitern planmäßig ausgestellten amtlichen Rechtschreibung endlich entronnen waren. Dazu bleibe ich meine Sand nicht!

Ein neuer Umsturz

Während Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Lage von Tag zu Tag sich trauriger gestaltet; während wir dicht vor einer Ernährungskatastrophe stehen; während die großen Industriebetriebe wegen Kohlenmangels stillliegen und dadurch Tausende von Arbeitern brotlos sind; während das deutsche Volk hungert und friert und von der Regierung Schritte erwartet, die es aus diesem Elend herausführen, kurz: während es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes geht, beschäftigt man sich im Reichsamt des Innern mit „der grundsätzlichen Frage einer Neugestaltung der deutschen — Rechtschreibung!“ Es soll ein völliger Umsturz untrer bisherigen Rechtschreibung eintreten.

Daß „Umsturz“, große wie kleine, oft auch nichts Besseres oder Vollkommeneres bringen, im Gegenteil, die Lage nur noch unklarer und die Säfte verwirrt machen, das haben die diversen Umstürze untrer Zeit wohl zur Genüge bewiesen. Oder will man nur die deutsche Rechtschreibung etwas „modernisieren“, indem man, wie es den Anschein hat, die Orthographie von — Anno dazumal wieder zu Ehren kommen läßt?

„Rechtschreibung ist Volksfrage!“ Eben weil sie das ist, lasse man in untrer gegenwärtigen traurigen Zeit die Finger von diesem Experiment, an dem das deutsche Volk jetzt ganz und gar kein Interesse hat und auch kein Bedürfnis. Man befasse sich lieber mit Fragen, die unser Volk mehr berühren als ein Umsturz in der Rechtschreibung, nämlich: Wie sichern wir die Volksernährung? Wie kommen wir wieder aus dem finanziellen und wirtschaftlichen Sumpfe heraus? Die Lösung dieser Fragen wäre wirklich des Schwelbes der Eiden wert und fände mehr Dank und Anerkennung beim deutschen Volke als eine Neugestaltung der deutschen Rechtschreibung.

Welche Blüten der „Rechtschreibumsturz“ übrigens jetzt schon treibt, zeigen die „Berechnungsvorschläge“ des Dresdner Kollegen Pe. in Nr. 14 des „Korr.“. Ob man nicht vorzugsweise auch einen Pindacher zu den Verhandlungen hinzuzieht?

Offenbach a. M. Michael Weller.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Der Streik in Posen beendet. Nach dreiwöchiger Dauer ist der Streik der Posener Buchdrucker auf dem Verhandlungswege beendet. In der nächsten Auslandsrubrik werden wir auf Verlauf und Resultat der Bewegung zurückkommen.

Bayerische Regierung und „Münchner Post“. In Nr. 18 nehmen wir uns unter der leider laufend gewordenen Überschrift „Weiteres zu den Zeitungsverboten“ der Reichsregierung und der bayerischen Regierung allgemeiner kritisch an. Es gibt unter den Buchdruckern Leute genug, die da glauben, es dürfe um Leibes und Lebens willen nichts gegen regierungsseitige Handlungen gesagt werden. w. l. Sozialdemokraten darin sitzen. Wir meinen, ein Gewerkschaftsblatt hat sich nicht daran zu kehren, welche Marke da oben kursfähig ist, sondern nur nach dem, was geschieht oder nicht geschieht, seine Beurteilung einzurufen. Aus Prinzip darf man weder kritisieren noch — nach unabhängiger Methode — alles auf und schön finden, je nachdem einem das Parteistückel zulagt. Wir haben aber über die Zusammenfassung der bayerischen Regierung eine etwas falsche Auffassung vertreten und sind der mitangeführten „Münchner Post“ wegen übertriebener Zurückhaltung nicht gerecht geworden. Die Redaktion der (mehrheitssozialistischen) „Münchner Post“ schreibt uns nun und verpöchtelt uns damit zu Dank: „Gestatten Sie, Sie aufmerksamer zu machen, daß die bayerische Regierung nicht in der Mehrheit von sozialdemokratischen Ministern gebildet ist; von sieben Ministern sind nur drei Sozialdemokraten. Die „Münchner Post“ hat es grundsätzliche Gegnerin der Todesstrafe die Begründung Arcos gebilligt, hat aber mißbilligt, daß die Räterepublikaner mit andern Maß gehalten wurden. (Die sozialdemokratischen Minister hatten Leide Male gegen die Todesstrafe gestimmt; sie trafen auch für die Milderung der Urteile gegen die Häftlinge ein.) Diese Mißbilligung trifft jedoch nur die bürgerlichen Minister.“

Eine noble Firma. Der unfern Jelen durch diverse Leistungen als Tarifoppositioneller sowie mit einem arverunglückten Prozeß gegen den „Korr.“ bekannte Herr Schnürdreher in Berlin (Inhaber der früheren Adreßbuchdruckerei W. & S. Löwenthal) ist ein typisches Beispiel für die in weiten Prinzipalschreibern vorherrschende Annullen und Heugleichheit. Daß der schon 33 Jahre im Geschäft tätige jetzige Betriebsleiter an der höchst unproduktiven Arbeitsweise viel schuld und die Firma auch durch ähnliche Umstände mehr rückwärts als vorwärts gekommen ist, weiß außer Herrn Schnürdreher jeder. Der Firmeninhaber sucht dafür aber, wie immer unter solchen Verhältnissen, an falscher Stelle zu sparen und für „Ordnung im Geschäft“ zu sorgen. Den Verhältnissen sind ganze 2 und 1. M., zu Weihnachten „geschenkt“ worden. Einige sollen sich dafür durch Zurückweisung bedanken haben. Der älteste Meßreue (etwa 30 Jahre beschäftigt) erhält gerade 5,50 Mk. über Minimum. Als einer von diesen alten Schwerearbeitern für die Firma starb, fehlte die Firma sowohl durch einen Vertreter wie mit einem Kranze, und als kürzlich ein von 1887 bis 1915 bei W. & S. Löwenthal tätig gewesener, dann Invalide gewordener Kollege zur letzten Ruhe gebracht werden sollte, gab es zunächst einen Aufruf mit Herrn Schnürdreher wegen der Beilegung und Bezahlung von zwei Mann (zusammen sechs Stunden) zwecks Personalvertretung bei der Beerdigung. Nachher lenkte der gestrenge Chef ein. Wenn er nur noch mehr darüber wachen würde, daß dem Geschäft kein Schaden geschieht!

Weiterungen aus dem Verbote der „Leipziger Volkszeitung“. Die „Freie Presse“ vom 11. Februar brachte nachfolgenden Gerichtsbericht: „Das technische Zeitungspersonal der „Leipziger Volkszeitung“ war am Tage der militärischen Besetzung des Betriebes der „Volkszeitung“ von der Geschäftsleitung kündigungsgelos entlassen worden. Die Entlassenen verklagten die Geschäftsleitung auf Einhaltung der Kündigungsfrist und Auszahlung der im Rückstand verbliebenen Löhne. Im heutigen Tage war Verhandlung vor dem Gewerbegericht angelegt, die zu einem Resultat nicht führte; die Sache wurde bis auf weiteres verlag. Der Gewerbegerichts vorsitzende legte dem Geschäftsführer der „Volkszeitung“ nahe, die Auffassung der Geschäftsleitung schriftlich einzureichen. Im übrigen sei die Annahme der Beklagten nicht zutreffend, daß der § 626 („höhere Gewalt“) des Bürgerlichen Gesetzbuchs angezogen werden könne, sondern für das gewerbliche Rechtsverhältnis ist die Gewerbeordnung maßgebend. Er legte nahe, einen Vergleich herbeizuführen, denn es sei sehr wahrscheinlich, daß eine zu treffende Entscheidung nicht zugunsten der Geschäftsleitung ausfalle. Es werde geprüft werden müssen, ob ein Anlaß zum Verbote der Zeitungen von den Zeitungen selbst gegeben worden sei. Die Kläger hatten bis auf vier Entlassene die Klagen, um Kosten zu sparen, zurückgezogen.“ Wir werden die Sache im Auge behalten. Da man über Einseitigkeit der Belastung des technischen Personals durch die Folgen des Verbots auch schon etwas zu hören bekommen hat, wie es aber den Anschein hat, nicht allein durch Schuld der Geschäftsleitung.

Was sind „alte Drucke“? Da neben Edelsteinen und Perlen auch „alte Drucke“ von der Gesehgung als lutzfeuergefährlich bezeichnet werden und damit das Buch ebenfalls zu den schwebelsten gerodnet wird, ist die Frage aufzuleuchten, was man unter „alten Drucken“ zu verstehen hat. Sind „alte Drucke“ nur Bücher, die aus einer ferneren Vergangenheit stammen, oder sind auch Bücher des 19. Jahrhunderts „alte Drucke“? Man hat gefordert, daß alles nach dem Jahre 1800 Gedruckte nicht

mehr als „alt“ im Sinne des Gesetzes anzusehen sei. Aber dann würden die schönen Bücher des Rokoko und vor allem die neuen Lurusdrucke, die gerade besondere Kostbarkeiten sind und auf die der Begriff der Lurussteuer vor allem zutrifft, ausgeschlossen sein. Es ist außerordentlich schwierig, gewisse Gruppen aller Drucke als Sammelobjekte zu bezeichnen und andre auszuschließen. Vor allem aber werden für die Lurussteuer die Bücher in Betracht kommen, die in irgendeiner Form mit der Graphik in Verbindung stehen, denn illustrierte Bücher werden heute hauptsächlich von Liebhabern gesammelt. Die bevorzugten Sammelstücke früherer Zeiten, wie die ersten Ausgaben aller Klassiker, die Elzevirer usw., die nur durch die Schönheit der Drucktype wirken, haben unzweifelhaft wesentlich an Interesse verloren. Überhaupt spielt der Inhalt des Buches nur noch eine geringe Rolle, ausschlaggebend ist kein künstlerischer Schmuck, nicht selten auch kein Einband. Der Druck ist also an den „alten Drucken“ das wenigste.

Eine Probe der neuen Rechtschreibung. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, Dr. Sarrazin, veröffentlicht als Probe der vorgeschlagenen neuen Orthographie das Selbstgespräch Wilhelm Tell's im vierten Aufzuge in folgender Fassung:

Durch die hote gasse muß er kommen, es führt kein anderer weg nach süßnacht — hier solend ist's. — Di gegenheit ist günnig. Fort der holundertrauch vertritt mich im, son dort herab kann in mein peil erlangen, des weg es enge werel den ferlagern. Mach' keine rechnung mit dem himmel, sag, fort muß du, deine ur ist abgelaufen.

Ich lebe still und harmlos — das geloch war auf des waldes fire nur gerichet, meine gedank'n waren rein lo morb. — Tu halt aus meinen fiden mich heraus g'kehrst, in güren drachengitt halt du die mich der frommen denert mir ferwandelt, um ungetreten halt du nicht gewöhnt, aber sich des hind's heupt zum äle fehre, der kann auch treffen in das herz des feinds.

Die armen kindlein, die unschuldigen, das freue wuß muß ich fer deiner wut beschützen, landfogt, usw.

Die wesentlichen Neuerungen betreffen, wie die Probe zeigt, in der Bezeichnung des 1-Rautes durch einfaches i, Beilegung des 2-Rautes durch j, dem Fortfalle der Verdoppelung bei den Selbstlauten, Beilegung des 3-Rautes durch h, des 4-Rautes durch z, des 5-Rautes durch f (charakter, nation, later), Beilegung der Großbuchstaben, außer am Saganfang und bei Personennamen, Orts- und Ländernamen.

Zeitschriftenverbote im besetzten Gebiete. Sämtliche in Neustadt a. d. S. erscheinenden Zeitungen wurden vom französischen militärischen Gewalthaber auf drei Tage verboten, weil sie ein Inserat über die Grenzspende für die Abstimmungsgebiete veröffentlichten. — Verboten wurde ferner die „Sulzbacher Zeitung“ durch den obersten Verwalter des Saargebiets.

Aufhebung einer Bayernfabrik. Eine Berliner Kältefabrik von Domke, die von der Polizei kürzlich ausgehoben und geschlossen wurde, lieferte drei Sorten Falschgeld. Unlängst erschienen in den Tageszeitungen Behauptungen der Verlehnungskasse Ost, die vor neuaufgetauchten, auf hergestellten Fälschungen der Zehnrubelscheine dieser Klasse warnten. In Ost sind auf einmal für 300000 Mk. solcher Falschscheine in Verkehr gebracht worden. Militär Kriminalbeamte stellten in den Ingenieuren Fritz Klein aus Breslau und Karl Schönborg aus Berlin die Verursacher fest, doch wußten beide den Verdacht der Herstellung der Falschstücke dadurch von sich abzulenken, daß sie glaubhaft machten, das Geld selbst bei Schaulen in einer von Bolschewisten zurückgelassenen Truppenkasse gefunden zu haben. Die Reichsbankfallgebeabteilung aber hat sie als Fälscher der Scheine und die Eheleute Domke und den Buchdruckereibesitzer Kania in Berlin als ihre Mittäter entlarvt. Dabei wurde festgestellt, daß die Eheleute Domke und der Buchdruckereibesitzer Kania bereits seit mehreren Jahren Bankrottäuschungen betrieben.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Dezember 1919. Nach den im „Reichsarbeitsblatt“ (Nr. 1) veröffentlichten Feststellungen von 35 Fachverbänden mit 4475501 Mitgliedern waren im Dezember 1919 130 193 oder 2,9 Proz. arbeitslos, gegen 2,9 im November und 5,1 im Dezember 1918. — Für uns Buchdrucker war eine Arbeitslosigkeit von 3,4 Proz., gegen 4 Proz. im vorhergehenden Monat und 12,1 im Dezember 1918 sowie 4,7 Proz. im Dezember 1913 zu verzeichnen. Über den Geschäftsgang im Buchdruckergewerbe wird berichtet, daß er ein guter war. Die Beschäftigung der kleinen Druckereien in der Provinz blieb wegen der hohen Druckpreise dauernd sehr schwach, während in den großen Druckorten das Geschäft sich durch Saisonaufträge günstiger gestaltete. Das Weihnachtsgeschäft verlief befriedigend; auch nach Fertigstellung der Weihnachtsarbeiten trat in Berlin eine Abschwächung nicht ein. Dagegen blieb in Leipzig die Kohlennot nach der Fertigstellung der Seminararbeiten nicht ohne Einwirkung auf den Grad der Beschäftigung. Nach der Statistik der Arbeitsnachweise kamen im Dezember auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 189 Arbeitslosige, gegen 173 im Vormonat und 131 im Dezember 1918. — Die Krankenkassen (5099) an der Zahl mit 3818937 Mitgliedern konstatierten einen Rückgang in der Zahl der Beschäftigten um 31610 oder 0,3 Proz.

Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung. Der neue Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung bringt eine weitgehende Ausgestaltung der Organisation der Schlichtungsbehörden und eine eingehende Regelung des Schlichtungsverfahrens. Auch schreibt der Entwurf unter bestimmten Voraussetzungen die Anrufung der Schlichtungsbehörden und sonstigen Schlichtungsstellen in zwingender Form vor und enthält weiter Bestimmungen, die für bestimmte Fälle

die Sicherung der Durchführung der erstellten Einigung oder des Schlichtungspruchs nach abgeschlossener Schlichtungsverfahren bezwecken.

Bedeutende Erhöhung der Postzeitungsgebühren in Sicht. Auf der Generalversammlung des Verbandes der Fachpresse Deutschlands wurde von einer bevorstehenden „neuen gewaltigen Erhöhung“ der Postzeitungsgebühren gesprochen, gegen die Stellung genommen wurde. Da Eisenbahn und Post trotz des gemeinwirtschaftlichen Betriebesystems mit abnormer Unterbilanz arbeiten, die sich aber wohl doch durch rationalere Betriebsmethoden verringern ließe, wie auch bessere Leistungen sehr notwendig wären, ist kaum an der Richtigkeit dieser Mitteilung zu zweifeln. Der „Korr.“ wird dann mit dem Spottgelde von 65 Pf. im Vierteljahr nur noch für die Post arbeiten. Jetzt schon erhalten wir nur 35 Pf. von der Post für jedes Exemplar ausbezahlt. Die von uns schon für die Würzburger Generalversammlung gewünschte Erhöhung auf 1 Mk. wird sich nun doch nicht mehr vermeiden lassen, würde sogar noch ärgerlich bescheiden sein.

Erhöhung der Personentaxen. Die abermalige Erhöhung der Personentaxen auf der Eisenbahn, die am 1. Apr. in Kraft tritt, soll, dem Vernehmen nach, 100 Proz. betragen.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt fürstlich, Nr. 1191.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse: In Gau Schleswig-Holstein der Schweizergenossen Waldeemar Paulsen, geb. in Nibel (Strelz Sonderburg) 1891, ausgl. in Hensburg 1910; war schon Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 pl.

Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat Dezember 1919.

Auf der Reife: 6 Mitglieder.
Am Orte: Reiseunterstützung erhielten: 693 Mitglieder, Ortsunterstützung erhielten: 1468 Mitglieder.

In Arbeitslosenlagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Beschäftigungsart	in der Reiseunterstützung		in der Ortsunterstützung		Insgesamt
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Echer	6	45	420	7491	25453
Masch.-G.	—	—	7	121	473
Drucker	—	—	227	4526	8352
Stereotyp.	—	—	11	210	590
Galvanopl.	—	—	24	471	174
Korrektoren	—	—	2	33	148
Faktoren	—	—	—	—	—
Schreibegeh.	—	—	—	—	—
Stempelschn.	—	—	2	51	73
	6	45	693	12903	1468

Arbeitslos verblieben am 31. Dezember 1919: 1445 Mitglieder.

In Unterstütlungen wurden gezählt:
Reiseunterstützung:
an 6 Mitglieder für 45 Tage 68,45 Mk.

Reiseunterstützung am Orte:
an 693 Mitglieder für 12903 Tage 12903,— Mk.

Ortsunterstützung:
an 368 Mitgl. für 6959 Tage a 1,25 Mk. = 8698,75 Mk.
962 „ 18268 „ a 1,75 „ = 31969,— „
138 „ 2682 „ a 2,— „ = 5364,— „

zusammen 46031,75 Mk.

Insgesamt wurden im Monat Dezember gezählt:
1919: 59003,20 Mk. für 40857 Tage
1918: 203703,75 „ 127152 „

weniger 1919: 144700,55 Mk. für 86295 Tage.

Gesamtausgabe im vierten Quartal (Oktober bis Dezember):
1919: 212357,10 Mk. für 142949 Tage
1918: 228980,85 „ 142559 „

weniger 1919: 16623,75 Mk. für — Tage
mehr 1919: — „ „ 390 „

(ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

(Bei der Gesamtabrechnung für November (Nr. 11) muß es heißen: „mehr 1919: 48138,65 Mk. für 33943 Tage“.)

Veranstaltungskalender

- Oriels, Verammlung Montag, den 18. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal.
- Leipzig, Maschinenfabrikerverammlung Sonntag, den 15. Februar, vormittags 9 Uhr, im „Volkshaus“, Zelter Straße 32.
- No. d. d. d. Verammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 Uhr, im „Stadt Brandenburg“.
- Offenbach a. M. Malchen in Leher's Bezirks generalversammlung Sonntag, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Grubacher Hof“, Sternstraße.
- Stuttgart, Maschinenfabrikerverammlung Sonntag, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Hauptstätter Hof“.
- Malchen in Leher's Verammlung Sonntag, den 15. Februar, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Eßlinger Straße.
- Wiesbaden, Bezirks schauverammlung Sonntag den 22. Februar, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ in Wiesbaden.
- Wittenberg, Verammlung heute Sonnabend, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Bürgergarten“, Grünstraße.